IMT Nuremberg Archives

H – 319

International Court of Justice

H0319-0002

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 4. APRIL 1946.
SITZUNG 10.00 BIS 13.00 UHR.

(Angeklagter Keitel betritt den Zeugenstand.)

Verhoer durch DR. NELTE:

F: Wir hatten gestern zuletzt die Zusammenkunft besprochen, die am 21. April zwischen Ihnen, Hitler und dem Adjudanten Schmundt stattgefunden hat. Ich lasse Ihnen nochmals das Dokument 388-PS ueberbringen und bitte Sie, mir darauf zu antworten, wenn ich Sie frage. War dies nicht eine Besprechung in dem Sinne, wie Sie sie gestern als grundsaetzlich nicht stattfindend in Abrede gestellt haben ?

A: Es ist bis zu einem gewissen Grade richtig, dass ich berufen wurde und mir zu meiner voelligen Ueberraschung, Gedanken ueber eine Kriegsvorbereitung gegen die Tschechoslowakei dargelegt wurden. Es vollzog sich das in recht kurzer Frist vor einer Abreise Hitler's nach Berchtesgaden. Ich erinnere mich ueberhaupt nicht, ein Wort in dieser kurzen Anweisung gesprochen zu haben, sondern lediglich eine Frage gestellt zu haben, und dann mit diesen fuer mich aeusserst ueberraschenden Direktiven bin ich nach Hause gegangen.

F: Was geschah darauf Ihrerseits?

A: Meine Ueberlegung in erster Stunde war die, dass das militaerisch, nach dem Kraeftemass, das mir damals von uns bekannt war, ueberhaupt nicht durchfuehrbar sei. Ich beruhigte mich dann selbst damit, dass ja die Besprechung vorausschickte, dass ein Plan fuer absehbare Zeit nicht bestehe. Ich besprach die Angelegenheit am naechsten Tag mit dem Chef des Fuehrungsstabes, General Jodl; eine Niederschrift ueber die Besprechung, oder ein Protokoll, habe ich nie bekommen und der Abschluss der Ueberlegungen war eigentlich der, "auf sich beruhen lassen, das hat ja Zeit, das kommt jetzt garnicht in Frage aus "militaerischen Erwaegungen". Ich setzte auch Jodl auseinander, dass die einleitenden Worte waren, "es ist nicht meine Absicht, in absehbarer Zeit gegen die Tschechoslowakei militaerisch vorzugehen."

Wir haben dann in den naechsten Wochen diejenigen gedanklichen und theoretischen Ueberlegungen begonnen, allerdings in diesem Falle ohne Beteiligung der Wehrmachtteile, weil ich mich dazu nicht ermaechtigt fuehlte. Es war dann bemerkenswert in der naechsten Zeit, dass, wie aus den Schmundt-Akten hervorgeht, laufend durch die militaerische Adjudantur unzaehlige Einzelfragen in Be-

H0319 - 0003

zug auf Staerke der Divisionen und aehnlichen Dingen, gestellt wurden, die der Wehrmachtfuehrungsstab, so gut er konnte, beantwortete.

F: Ich glaube, Herr Marschall, wir koennten die Sache wesentlich abkuerzen, so wesentlich auch die Darstellungen sind. Es waere das beste, wenn Sie mal das Aktenstueck, das Sie vor sich haben, nehmen wollen. Vergleichen Sie da mal den Entwurf, den Sie schliesslich auf Draengen vom Obersalzberg gemacht haben und sagen Sie mir, was daraufhin erfolgt ist ?

A: Ja. Etwa 4 Wochen nach diesem Auftrag habe ich dann den Entwurf einer Weisung fuer die Vorbereitungen an den Obersalzberg geschickt. Als Antwort wurde mir mitgeteilt, Hitler wuerde selbst nach Berlin kommen und mit dem Oberbefehlshaber sprechen. Er kam dann Ende Mai nach Berlin und ich war Zeuge und anwesend bei der Besprechung mit Generaloberst von Brauchitsch. In dieser Besprechung aenderte sich der grundlegende Gedanke voellig, und zwar dahin, dass Hitler die Absicht aeusserte, in absehbarster Zeit gegen die Tschechoslowakei militaerisch vorzugehen. Er begruendete es damit, also die Aenderung seiner Entschluesse, weil, ich glaube es war am 20. oder 21. Mai, die Tschechoslowakei eine totale Mobilmachung befohlen hatte und Hitler damals erklaerte, dass sich das nur gegen uns gerichtet haben koennte. Militaerische Vorbereitungen auf deutscher Seite waren nicht getroffen. Das war der Anlass der voelligen Aenderung seiner Absichten, die dann muendlich dem Oberbefehlshaber des Heeres mitgeteilt wurden und ihn mit dem sofortigen Beginn der Vorbereitungen beauftragte, Daraus erklaeren sich die Aenderungen in den grundlegenden Befehlen, das heisst, die nunmehr zu erlassende Weisung enthielt den grundlegenden Gedanken "es ist mein unabaenderlicher Entschluss, in absehbarer Zeit militaerische Massnahmen gegen die Tschechoslowakei zu treffen."

F: Nun kam es nicht zu dem Krieg mit der Tschechoslowakei infolge des Abkommens von Muenchen. Wie beurteilen Sie und die Generale diese Abmachung?

A: Wir waren ausserordentlich gluecklich, dass es zu einer militaerischen Operation nicht gekommen war, weil wir in der Zeit der Vorbereitung niemals von der grundsaetzlichen Auffassung abgegangen sind, dass unsere militaerischen Angriffsmittel gegen die Grenzbefestigung der Tschechoslowakei unzureichend seien, also rein militaerisch gesehen, ein Angriff, der ein Durchstossen der Grenzbefestigungen notwendig gemacht haette, dazu fehlten uns die Angriffsmittel. Infolgedessen waren wir ausserordentlich befriedigt, dass eine friedliche politische

H0319 - 0004

Loesung gefunden war.

F: Welche Wirkung hatte dieses Abkommen, ich meine hinsichtlich des Ansehens Hitler's auf die Generale?

A: Ich glaube sagen zu koennen, dass das eine wirklich grosse Steigerung des Ansehens Hitler's bei der Generalitaet zur Folge hatte. Man erkannte darin, dass zwar militaerische Vorbereitungen nicht unterlassen waren, dass andererseits aber eine Loesung gefunden war, die man nicht erwartete und fuer die man ungeheuer dankbar war.

F: Ist es nicht erstaunlich, dass Hitler 3 Wochen nach diesem, von allen Seiten, auch von den Generalen sehr begruessten Abkommen von Muenchen, schon Anordnungen fuer die Besetzung der Rest-Tschechoslowakei traf?

A: Ich glaube, der Reichsmarschall Goering hat neulich schon bei seiner Vernehmung darueber eingehende Darlegungen gemacht. Mein Eindruck, meine Erinnerung geht daraufhin, dass Hitler mir damals sagte, er glaube nicht, dass die Tschechoslowakei den Verlust der sudetendeutschen Gebiete mit ihren starken Befestigungen ueberwinden werde, und ausserdem sei er besorgt wegen der engen Verbindung, die damals zwischen der Sowjet-Union und der Tschechoslowakei bestand, dass die Tschechoslowakei militaerisch und strategisch eine Bedrohung werden koennte und vielleicht werden Wuerde. Das war die Begruendung, die ich militaerisch bekommen habe.

F: Wurde Hitler denn von keiner Seite auf die grosse Gefahr aufmerksam gemacht, die darin bestand, dass er durch eine gewaltsame Loesung der Rest-Tschechoslowakei-Frage die anderen Maechte, also England, Frankreich bruskieren muesste?

A: Ich kannte nicht die letzte Besprechung in Muenchen zwischen dem englischen Premierminister Chamberlain und dem Fuehrer. Aber ich habe diese Frage in ihrer weiteren Behandlung als eine politische angesehen und habe infolgedessen auch keine Bedenken geltend gemacht, wenn ich mich so ausdruecken soll, umsomehr, als ein erheblicher Abbau der militaerischen Vorbereitungen, die vor Muenchen getroffen waren, angeordnet war. Die politische Frage zu eroertern war ja nun mal ein Gegenstand, den der Fuehrer, wenn man auf solche Fragen kam, zurueckwies.

F: Ich moechte in dem Zusammenhang mit der tschechischen Frage auf den Oberstleutnant Koechling hinweisen, der hier von der Anklagebehoerde genannt

H0319 - 0005

wurde als Verbindungsmann mit Henlein. War die Wehrmacht, bezw. OKW hieran beteiligt ?

A: Die Aufgabenstellung fuer Koechling ist mir unbekannt geblieben, die Namhaftmachung Koechling's ist von mir ausgegangen. Hitler fragte mich, ob ein Offizier verfuegbar sei, dam man einen Sonder-Auftrag geben koenne, er soll sich bei mir melden. Ich habe den Oberstleutnant Koechling nach der Entsendung von Berlin aus nicht mehr gesehen und nicht mehr gesprochen. Ich weiss aber, und habe nachtraeglich erfahren, dass er bei Henlein gewesen ist, als eine Art militaerischer Berater.

F: Die Anklagebehoerde hat auf die Tatsache hingewiesen, dass Sie sowohl bei dem Besuch des Ministerpraesidenten Tiso im Maerz 1939, als auch beim Besuch des Praesidenten Hacha zugegen waren, und es ist hieraus der Schluss gezogen worden, dass Sie an den dabei stattfindenden politischen Besprechungen beteiligt gewesen seien. Welche Rolle spielten Sie hierbei?

A: Es ist richtig, dass ich bei solchen Staatsbesuchen und Besuchen fremder Staatsmaenner, ich glaube wohl in jedem Fall, in der Reichskanzlei, oder bei Begruessungen anwesend war. An Besprechungen konkreter Art ueber politische Fragen habe ich niemals teilgenommen. Ich war zur Begruessung anwesend und fuehlte, als Representant der Wehrmacht im hohen Dienstgrad vorgestellt zu werden, anwesend zu sein, bin aber in jedem Einzelfall, an den ich mich erinnern kann, dann dankend verabschiedet worden, oder habe in einem Vorzimmer gewartet, ob ich benoetigt werde. Bestimmt kann ich sagen, dass ich weder mit Tiso, noch damals in der Nacht mit dem Praesidenten Hacha irgend ein Wort gesprochen, oder an den unmittelbaren Gespraechen Hitler's mit diesen Maennern teilgenommen habe. Gerade aber, darf ich hinzufuegen, in der Nacht des Besuches des Praesidenten Hacha musste ich in der Reichskanzlei anwesend sein, denn es musste dem Oberkommando des Heeres ja im Laufe der Nacht Anweisung gegeben werden, in welcher Form der Einmarsch, der vorbereitet war, sich vollziehen wuerde.

F: Ich will abschliessend hierzu nur noch feststellen, da ich annehme, dass durch die Aussagen des Reichsmarschalls Goering diese Frage geklaert ist.

Sie haben gegenueber dem Praesidenten Hacha niemals von einer eventuellen Bombardierung Prag's gesprochen, fuer den Fall, dass er sich nicht dazu verstehen sollte, zu unterschreiben?

H0319 – 0006

A: Nein.

F: Wir kommen nun zu dem Fall Polen. Auch hier macht Ihnen die Anklagebehoerde zum Vorwurf, dass Sie sich an der Planung, an der Vorbereitung und an der Durchfuehrung der Kriegs-Aktion beteiligt haben. Wollen Sie grundsaetzlich mir Ihre Stellungnahme zu diesem Ost-Problem in Kuerze darlegen?

H0319 - 0007

A: Die Fragen, die sich um das Problem Danzig und um das Problem Korridor bewegten, waren mir bekannt. Mir war auch bekannt, dass in diesen Fragen politische Eroerterungen und Verhandlungen schwebten. Der Fall des dann im Laufe der Zeit vorzubereitenden und vorbereiteten Angriffs gegen Polen hing natuerlich mit diesen Problemen eng zusammen.

Als mit den politischen Dingen nicht befasst, war ich persoenlich der Auffassung, dass wohl ebenso wie im Falle Muenchen und vor Muenchen eine militaerische Vorbereitung, das heisst ein militaerisches Druckmittel, wenn ich es so nennen soll, wohl in dieser Frage eine aehnliche Rolle spielen wuerde, wie sie es nach meiner Auffassung in Muenchen auch gespielt hat. Ich glaubte nicht, dass es ohne eine militaerische Vorbereitung sich abwickeln wuerde.

F: Haette diese Frage nicht auch eine Loesung durch unmittelbar vorhergehende Verhandlungen finden koennen?

A: Es ist fuer mich schwer zu uebersehen, obwohl ich weiss, dass ueber die Frage Danzig Eroerterungen mehrfach stattgefunden haben, und ebenso ueber die Loesung der Korridorfrage. Mir ist erinnerlich eine Aeusserung, die mich damals beeindruckte, dass Hitler einmal sagte, er bedauere den Tod des Marschalls Pilsudski. Er glaubte mit diesem Staatsmann ein Uebereinkommen gefunden zu haben oder finden zu koennen. Diese Aeusserung ist mir gegenueber einmal gefallen.

F: Die Anklage hat nun erklaert, dass Hitler sich schon im Herbst 1938 mit einem Krieg gegen Polen beschaeftigt habe. Waren Sie daran beteiligt?

A: Nein; das ist mir nicht gegenwaertig. Ich moechte glauben, dass es meiner Erinnerung nach Anzeichen damals wohl gab, dass das nicht der Fall gewesen ist. Ich habe Hitler damals begleitet zu einer eingehenden Inspektionsreise der Ostbefestigungen. Wir sind die ganze Front von Pommern ueber den Oder-Warthe-Bruch bis Breslau gefahren, um ins einzelne Grenzbefestigungen gegen Polen anzusehen. Das war damals eine sehr intensive Eroerterung der Befestigung in Ostpreussen. Wenn ich das heute nachtraeglich auf die Frage kombiniere, so kann ich mir nur vorstellen, dass das Ueberlegungen waren, die vielleicht mit Danzig oder mit der Korridorfrage bei ihm im Zusammenhang standen und wo er sich ueberzeugen wollte, ob die Ostbefestigungen hinreichende Abwehrkraefte haetten, wenn aus dieser weiteren Frage Danzig-Korridor eventuell ein Krieg mit Polen entstehen koennte.

F: Wann wurden die Vorbereitungen zur Besetzung Danzigs getroffen?

H0319 - 0008

A: Ich glaube, das war noch im Spaetherbst 1938, dass Anordnungen dafuer gegeben waren, und zwar von Ostpreussen aus in Form eines Handstreichs Danzig zu einer vielleicht gegebenen guenstigen Lage zu besetzen. Mehr weiss ich darueber nicht.

F: Wurde dabei nicht die Moeglichkeit des Kriegsfalles mit Polen eroertert?

A: Ja, das haengt offensichtlich mit der Pruefung der Verteidigungsmoeglichkeiten der Grenze im uebrigen zusammen. Aber eine Vorbereitung irgend welcher Art dieses Problems, abgesehen von einem Handstreich von Ostpreussen, wurden damals schon militaerische Vorbereitungen...ist mir nicht erinnerlich und ist auch nicht gewesen.

F: Ich glaube mich zu erinnern, dass Sie mir einmal bei Eroerterung dieser Frage gesagt haben, dass Danzig nur dann besetzt werden koenne, wenn kein Krieg mit Polen daraus entstaende.

A: Das ist richtig. Diese Aeusserung ist mehrfach gefallen, dass diese Besetzung oder der Handstreich auf Danzig nur dann durchgefuehrt werden sollte, wenn bestimmt ein Krieg daraus nicht entstehen wuerde.

F: Wann hat sich diese Ansicht gewandelt?

A: Ich glaube, dass die Ablehnung aller Eroerterungen seitens Polens, diese Frage Danzig in irgend einer Verhandlungsform zu loesen, offenbar der Anlass war zu weitergehenden Ueberlegungen und weitergehenden Schritten.

F: Die Anklagebehoerde hat die Weisung vom 3. April 1939.

A: Ich darf vielleicht noch hinzufuegen, dass ueberhaupt wohl eine andere Beurteilung der Lage nach Muenchen in Bezug auch auf das weitere Ostproblem eingetreten war, vielleicht oder wie ich glaube in dem Sinne: Die tschechische Frage ist ohne einen Schuss befriedigend geloest; das wird vielleicht bezueglich der anderen deutschen Probleme im Osten auch moeglich sein, und ich glaube mich auch zu erinnern, dass Hitler sagte, er glaube nicht, dass die Westmaechte, insbesondere England, an diesem Ostproblem Deutschlands das Interesse haetten und wohl da eher vermitteln als wie dagegen Einspruch erheben wuerden.

F: Das ist das Dokument C-120, der "Fall Weiss". Danach ist also am 3. April 1939 die Weisung hinausgegangen.

A: Zunaechst zu dem Dokument. In den ersten Saetzen ist ja schon ausgesprochen, dass es der Ersatz war fuer die alljaehrlich gegebenen einheitlichen Anweisungen der Wehrmacht fuer eventuelle Mobilmachungs-Vorbereitungen, also eine weitere Bearbeitung der Dinge, wie wir sie schon aus den Anweisungen vom Jahre 1937/38 kennen,

H0319 – 0009

die alljaehrlich neu ergingen; im Konkreten aber war es so, dass Hitler in meiner Gegenwart den Oberbefehlshabern des Heeres wohl in dieser Zeit, zur gleichen Zeit oder kurz vorher, die unmittelbaren Anweisungen gegeben hatte, die Vorbereitungen strategischer und operativer Art fuer einen Angriff auf Polen, einen Krieg mit Polen, vorzubereiten, und ich habe dann diese ersten Gedanken herausgegeben, wie aus diesem Dokument zu ersehen, das heisst der Fuehrer hat folgendes bereits angeordnet: Bearbeitung bis zum 1. September 1939 durchzufuehren und nach Bearbeitung des OKH, des Heeres, sollte eine Zeittafel dafuer vorbereitet werden. Dieses Dokument habe ich damals vermittelt.

F: Wie standen Sie und die uebrigen Generale zu diesem Krieg?

A: Ich muss sagen, dass wir auch seinerzeit, vor den Vorarbeiten gegen die Tschechoslowakei, sowohl der Oberbefehlshaber des Heeres, wie die Generale, soweit ich sie gesprochen habe, und auch ich selbst dem Gedanken, nun einen Krieg gegen Polen zu fuehren, ablehnend gegenueberstanden. Wir wollten keinen Krieg in dem Sinne Aber wir haben selbstverstaendlich die gegebenen Befehle, zum mindesten in der Form der generalstabsmaessigen Durcharbeitung, sofort in Angriff genommen. Wir begruendeten das damit, dass nach unseren Erkenntnissen unsere militaerischen Mittel, die wir damals besassen, das heisst die Divisionen, ihre Ausruestung, ihre Bewaffnung und nicht zu vergessen ihre ausserordentlich duerftige Munitions-Ausstattung, uns immer wieder als Soldaten daran erinnerten, dass wir an sich nicht bereit waren, einen Krieg zu fuehren.

F: Sie wollen damit sagen, dass bei Ihren Ueberlegungen also lediglich die militaerischen Gesichtspunkte eine Rolle spielten?

A: Ja, das muss ich zugeben. Ich habe mich mit den politischen Problemen nicht befasst, sondern mit der Frage: Koennen wir oder koennen wir nicht.

F: Ich stelle das lediglich fest. Nun war am 23. Mai 1939 eine Zusammenkunft, bei der Hitler an die Generale eine Ansprache hielt. Sie kennen diese Ansprache? Was war die Ursache des...der Inhalt dieser Ansprache?

A: Ich habe hier die Niederschrift erstmals bei der Voruntersuchung gesehen und mich an den Tatbestand, der damals herrschte, erinnert. Diese Rede wurde einfach gehalten fuer die Generale, ihnen mitzuteilen, dass keine Gruende fuer Erregung da seien, dass der Zeitpunkt noch nicht gekommen war, und dass politische Besprechungen den Zustand noch aendern konnten. Diese Rede war nur gehalten zur Aufmunterung.

H0319 – 0010

F: Waren Sie der Meinung, dass es jetzt wirklich zum Kriege kommen würde?

A: Nein, ich glaubte damals, vielleicht in besonders harmloser Form der Ueberlegungen, dass es nicht zum Kriege kommen wuerde, sodass sich voraussichtlich unter den militaerischen Mitteln, sich der Fall der Verhandlungen wiederholen und damit eine Loesung finden wuerde. Unsere militaerische Betrachtung stellte immer einen Gesichtspunkt rein militaerisch in den Vordergrund. Wir Generale glaubten, dass Frankreich -weniger England- unbedingt im Hinblick auf seinen Ostlandpakt mit Polen eingreifen wuerde, und dass dafuer ueberhaupt militaerische Wehrmittel nicht vorhanden waren. Und gerade dieser Grund hat mich immer persoenlich ueberzeugt, es wird nicht zu einem Krieg kommen, denn einen Krieg gegen Polen koennen wir nicht fuehren, wenn die Franzosen uns im Westen angreifen.

F: Wie beurteilten Sie dann die Dinge nach der Ansprache vom 22. August 1939?

A: Diese Ansprache hat Ende August auf dem Obersalzberg vor versammelten Generaelen der im Osten in Vorbereitung befundenen Truppen, Oberbefehlshabern stattgefunden, und ich habe auch damals, nachdem Hitler gegen Ende dieser Ansprache erklaerte, dass mit der Sowjetunion ein Pakt geschlossen sei, war ich fest ueberzeugt, dass es nun bestimmt nicht zum Krieg kommen werde, denn ich glaubte, dass unter diesen Voraussetzungen eine Verhandlungsgrundbasis gefunden sei, dass Polen sich nicht dem aussetzen wuerde. Und ich glaubte auch, dass nunmehr die Basis fuer Verhandlungen gefunden sei, obwohl in der Ansprache, die ich ja auch hier erstmalig gelesen habe, in Form einer Niederschrift, ja gesagt worden war, dass die Vorbereitungen bis zum aeussersten gediehen und die Durchfuehrung beabsichtigt sei.

H0319 - 0011

F: Wussten Sie, dass England tatsaechlich versucht hat, zu vermitteln?

A: Nein, ich habe von diesen Dingen nichts erfahren, bezw. das Erste, was ausserordentlich ueberraschend fuer mich war, dass ich in diesen Tagen, die hier mehrfach erortert worden sind, 24. oder 25., also wenige Tage nach der Besprechung auf dem Obersalzberg, ich ploetzlich zu Hitler gerufen wurde, in die Reichskanzlei und er mir nur sagte, "sofort alles anhalten, holen Sie Brauchitsch sofort her, ich brauche Zeit zur Verhandlung". Ich glaube, ich bin mit den wenigen Worten entlassen worden.

F: Was erfolgte darauf ?

A: Ich telefonierte sofort den Oberbefehlshaber des Heeres an, gab einen Befehl weiter und Brauchitsch wurde zum Fuehrer gerufen. Es wurde alles angehalten und jede Entscheidung ueber ein eventuell militaerisches Vorgehen aufgedeckt, zunaechst nur so, am naechsten Tag, wohl eine bestimmte Frist, ich glaube es waren fuenf Tage nach den Berechnungen, die man heute anstellen muss.

F: Waren Ihnen die sogenannten Mindestforderungen an Polen bekannt ?

A: Ich glaube mich zu erinnern, dass ich sie damals in der Reichskanzlei gesehen habe, dass sie mir von Hitler, glaube ich, selbst gezeigt wurden und dass ich eine Abschrift bekommen habe.

F: Da Sie solche also gesehen haben, wollte ich Siefragen, hielten Sie diese Forderungen fuer ernst?

A: Ich bin immer nur auf Minuten in dieser Zeit in der Reichskanzlei gewesen, und habe also als Soldat auch sonst geglaubt, das sei selbstverstaendlich ehrlich.

F: War damals von Zwischenfaellen an der Grenze die Rede ?

A: Nein, diese Frage der Zwischenfaelle ist hier auch in der Voruntersuchung mit mir eingehend erortert worden. In dieser Situation und in den Besprechungen in der Reichskanzlei, die wenigen, die wir in den Tagen ueberhaupt hatten, ist davon ueberhaupt nicht die Rede gewesen.

F: Ich lasse Ihnen das Dokument 795-PS bringen. Es ist dies eine Niederschrift, die sich mit den polnischen Uniformen fuer Heydrich befasste.

A: Darf ich noch hinufuegen ---

F: Bitte.

A: ..... naemlich, dass, am 30. August war es wohl, nocheinmal der Angriffstag, der ja dann der 1. September war, um 24 Stunden verschoben wurde, Zu diesem Zweck waren Brauchitsch und ich erneut in die Reichskanzlei gerufen worden und die Begruendung, nach meiner Erinnerung, war die, es wuerde ein Bevollmaechtigter der

H0319 – 0012

olnischen Regierung erwartet. Es soll 24 Stunden hinausgeschoben werden. Dann ind keine Veraenderungen der militaerischen Anordnungen mehr eingetreten. ieses Dokument betrifft polnische Uniformen fuer Zwischenfaelle, bezw. fuer irgend-elche illegalen Unternehmungen. Es ist mir ja auch vorgelegt, ich kenne es, eine achtraegliche Niederschrift des Admiral Canaris ueber eine Besprechung mit mir. r sagte mir damals, er solle einige polnische Uniformen zur Verfuegung stellen, as sei ihm vom Fuehrer aus durch die Adjutantur mitgeteilt. Ich frage: wofuer? ir waren uns einige, dass es fuer irgend ein illegales Unternehmen beabsichtigt ar. Wenn ich mich recht erinnere, habe ich ihm damals gesagt, von solchen Dingen erspreche ich mir garnichts, und er solle die Finger davon lassen. Es gab dann noch ine kurze Eroerterung ueber die Angelegenheit Dirschau, die auch in Form eines andstreiches genommen werden sollte, die der Wehrmacht uebertragen war, Mehr ist ir damals nicht bekannt geworden. Ich glaube, Canaris gesagt zu haben, dem kann an ausweichen, Sie sagen Sie haben ja gar keine polnischen Uniformen. Wenn wir ein-ach sagen, wir haben keine, dann ist der Fall erledigt.

F: Sie wissen ja, dass diese Sache mit dem spaeteren Angriff auf den Sender leiwitz im Zusammenhang gebracht worden ist. Wissen Sie von diesem Vorfall ueber-aupt ?

A: Dieser Vorfall, bezw. dieses Unternehmen ist mir hier erst durch Zeugenaussa-en bekannt geworden. Ichhabe niemals erfahren, wer beauftragt war, irgend solche inge zu machen, und ich habe, bis hier im Gerichtssaal Aussagen gemacht worden sind, eber diesen Ueberfall auf den Sender Gleiwitz von diesen Dingen nichts gewusst. ch erinnere mich auch nicht, es damals erfahren zu haben, dass etwas Derartiges ich zugetragen hatte.

F: Kannten Sie die Bemuehungen Amerikas und Italiens nach dem 1.September 1939, en Krieg in irgendeiner Form zu beenden ?

A: Ich habe ueberhaupt von den politischen Eroerterungen, die in diesen Tagen m 24. bis 30., 31., anfangs September stattgefunden haben, garnichts gewusst. Ich abe niemals etwas gewusst von den Besuchen eines Herrn Dahlerus. Ich habe nichts ewusst von den Interventionen aus London; ich habe nur eines in Erinnerung, dass h Hitler traf bei einer kurzen Anwesenheit in der Reichskanzlei, wo er mir sagte; Stoeren Sie mich nicht, ich schreibe einen Brief an Daladier." Das muss in den er-en Septembertagen gewesen sein. Von den Dingen, die ich hier erfahren habe, auch en Schritten, die noch nach dem 1.September unternommen wurden, habe ich, und mei-

H0319-0013

nes Wissens, keiner der Generale, jemals etwas erfahren. Garnichts.

F: Was haben Sie zu Canaris und Lahousen am 14.September, also kurz vor dem Angriff auf Warschau, im Fuehrerzug ueber die politischen Angelegnheiten unter dem Fachausdruck "Flurbereinigung" gesagt ?

A: Ich, wie auch damals in der Voruntersuchung gesagt, erinnere ich mich an den Besuch ueberhaupt nicht mehr. Aber aus den Aussagen von Lahousen ging hervor,-er sagte, glaube ich, ich haette wiederholt, was Hitler schon darueber gesagt habe, und das wohl weitergegeben, wie er sich ausdrueckte. Ich weiss, dass, bei dem taeglichen Zusammentreffen mit dem Oberbefehlshaber des Heeres, der damals ja in Polen die militaerische Fuehrung hatte, von diesen schon Beschwerden gekommen waren, ueber polizeiliche Angriffe im besetzten polnischen Gebiet. Und ich kann nur sagen, dass ich offenbar das wiederholt habe, was in meiner Gegenwart zwischen Hitler und Brauchitsch ueber dieses dann gesprochen worden ist. Ueber Einzelheiten kann ich keine Angaben mehr machen.
Ich darf noch hinzufuegen, dass der Oberbefehlshaber des Heeres damals, nach meiner Erinnerung, sich mehrmals beschwert hat, dass, solange er in den besetzten Gebieten die vollziehende Gewalt hatte, er unter keinen Umstaenden andere Organe in diesem Raum dulden koenne, und dass ihm dann auch im Oktober die Verantwortung fuer Polen auf sein Draengen abgenommen wurde. Ich moechte also glauben, dass die Darstellung nicht ganz zutreffend ist, die in der Erinnerung oder den Notizen des Herrn lag.

F: Wir kommen jetzt zu der Frage: Norwegen. Wussten Sie, dass das Deutsche Reich gegen Daenemark und Norwegen eine Neutralitaetserklaerung im Oktober 1939 abgegeben hat ?

A: Ja, das habe ich gewusst.

F: Waren Sie oder das OKW, oder wurden Sie an solchen Beratungen ueber Neutralitaetserklaerungen in diesen oder anderen Faellen beteiligt?

A: Nein.

F: Wurde Ihnen davon Kenntnis gegeben ?

A: Auch das nicht. Es waren aussenpolitische Eroerterungen, ueber die wir Soldaten nicht informiert wurden.

F: Amtlich meinen Sie. Selbstverstaendlich haben Sie als Persoenlichkeit, die auch sonst Zeitungen liest, Kenntnis bekommen ?

A: Ja.

H0319-0014

F: Schoen. Ich habe Ihnen schon vor der Eroerterung des Problems der Angriffskriege die Frage gestellt, und moechte, um Zeit zu sparen, nicht wiederholen. Aber es scheint mir, dass die Frage, die ich stellte, um Ihre Meinung ueber Angriffskriege auszuloesen, in diesem Falle doch noch einmal gestellt werden muesste, weil ein Angriff auf ein neutrales Land, einem Land, dem man eine Garantie gegeben hat, doch besondere Bedenken ausloesen musste bei den Menschen, die nun einmal mit diesen Dingen, mit der Kriegsfuehrung zu tun haben.
Also frage ich Sie auch in diesem Falle noch einmal und bitte um Ihre Erklaerung, wie Ihre Einstellung und die Einstellung der Soldaten dazu war ?

A: Ja, ich muss dazu sagen, wir standen bereits im Kriege. Zwischen England und Frankreich und Deutschland bestand der Kriegszustand. Es waere unehrlich, zu sagen, dass ich mich in diese Dinge etwa eingeschaltet haetten, sondern ich habe sie als eine politische Frage angesehen, und ebenso habe ich als Soldat ja die Auffassung gehabt, dass die Vorbereitung einer militaerischen Aktion gegen Norwegen und gegen Daenemark ja noch keineswegs die Ausloesung war, und dass diese Vorbereitungen, die das ohneweiteres ja auch erwiesen, Monate haetten dauern muessen, wenn man ueberhaupt ein solches Unternehmen machen wollte, wo sich in dieser Zeit ja auch die Voraussätzungen wuerden aendern koennen. Und gerade wohl diese Gedankengaenge sind massgebend gewesen, dass ich irgendwelche Schritte von mir aus in Bezug auf die Frage, das ist eine Unmoeglichkeit, jetzt strategisch zu ueberlegen und vorzubereiten, diese Intervention in Norwegen und Daenemark nicht angestellt habe, und dass ich es, ich muss sagen, den politischen Ueberlegungen ueberlassen habe. Anders kann ich es nicht ausdruecken.

F: Wann wurden die Vorbereitungen zu dieser Aktion begonnen ?

A: Die ersten Ueberlegungen wohl schon im Oktober des Jahres 1939; dagegen die ersten Anordnungen erst im Januar, also mehrere Monate spaeter. Ich erinnere mich auch im Zusammenhang mit den Eroe terungen hier den Aufklaerungen, die der

H0319-0015

Reichsmarschall Goering dazu gegeben hat und daran, dass ich eines Tages beauftragt wurde, den Grossadmiral Raeder zum Fuehrer zu bestellen, er wolle mit ihm ueber Fragen der Seekriegsfuehrung in der deutschen Bucht bezw. im Atlantik sprechen, ueber Gefaehrdungen unserer Kriegsfuehrung in diesem Raume.

Dann ist von Hitler ein Sonderstab, auch darueber bin ich orientiert durch die mir hier vorgelegten Dokumente, von mir bestellt worden, der sich mit dem Studium dieser ganzen Probleme vom Standpunkt der See-Luft- und Erdkriegsfuehrung befassen sollte. Dieser Sonderstab hat sich meiner persoenlichen Mitwirkung entzogen. Hitler erklaerte damals, dass er diesen Sonderstab selbst mit Auftraegen versehen wuerde. So waren wohl dmals in den Monaten 1939, Anfang 1940 die militaerischen Erwaegungen.

F: Ich moechte zu diesem Komplex nur noch wissen, ob Sie mit Quisling irgendeine Besprechung in diesem Stadium des Vorverfahrens gehabt haben?

A: Nein. Ich habe Quisling vor dem Norwegen-Feldzug und auch nach dem Norwegen-Krieg, glaube ich selbst ein oder zwei Jahre spaet das erste Mal gesehen. Irgendwelche Verbindungen, auch in der Art von Nachrichtenuebermittlungen, haben nicht stattgefunden. Ich habe allerdings hier in einer Voruntersuchung schon berichtet, dass ich einen Offizier, das war glaube ich der Oberst Pieckenboeck, nach Kopenhagen auf Befehl Hitlers entsandt habe, der dort Besprechungen mit Norwegern gehabt hat, Quisling habe ich nicht gekannt.

F : Bei der Kriegfuehrung im Osten steht im Vordergrund auch wieder zunaechst die Frage der Neutralitaetsverletzung bezueglich Luxemburgs, Belgiens und Holland. Wussten Sie, dass diesen drei Laendern Zusicherungen gemacht wurden, die sich auf die Unverletzlichkeit der Neutralitaet bezogen?

A: Ja, das habe ich gewusst und auch erfahren.

F: Ich will nicht wieder dieselben Fragen stellen, wie bei Norwegen und Daenemark, aber ich moechte in diesem Zusammenhang doch fragen:

Hielten Sie diese Zusicherungen Hitlers fuer ehrlich?

H0319 – 0016

A: Wenn ich mich in die damalige Lage zurueckversetze, dann habe ich das geglaubt, dass Absichten bestanden, keinen anderem Staa in den Krieg hineinzuziehen. Als diese Dinge mir bekannt wurden, hatte ich, glaube ich, jedenfalls zumindest keine Annahme, keine Berechtigung, das Gegenteil anzunehmen, dass das eine Taeuschung sein sollte.

F: Glaubten Sie noch nach dem Polenkrieg an eine Beendigung des Krieges ueberhaupt, oder eine Lokalisierung?

A : Ja, das habe ich geglaubt. Und zwar bestaerkte mich in dieser Auffassung die Reichstagsrede nach dem Polenkrieg, in der Andeutungen gemacht wurden, die mir die Ueberzeugung gaben, es waere ueber diese Frage mit England in erster Linie politisch gesprochen, und weil mir gegenueber Hitler immer wieder sagte, wenn man diese Frage anschnitt, "an diesem oestlichen deutschen Problem ist ja der Westen eigentlich nicht interessiert." Diese Wendung war immer diejenige, mit der man beruhigt wurde; das seien keine Probleme, die die Westmaechte interessierten.

Ausserdem kam ja hinzu, rein militaerisch gesehen, dass wir Soldaten mit dem Angriff der Westmaechte, also Frankreich, waehrend des Polenkrieges selbstverstaendlich immer gerechnet hatten. Und das wir aeusserst ueberrascht waren, dass eigentlich im Westen, ausser gewissen Vorfeldkaempfen, wie wir es nennen, zwischen Maginot-Linie und Westwall tatsaechlich sich nichts ereignete, waehrend wir, ich weiss das genau, an der ganzen Westfront, von der hollaendischen Grenze bis Basel, nur 5 Divisionen hatten, neben schwachen Besatzunge in den Befestigungen des Westwalls; also rein militaerisch-operativ gesehen, ein franzoesischer Angriff waehrend des Polenkrieges auf einen deutschen militaerischen Schleier gestossen waere, aber nicht auf Abwehr. Und da das nicht erfolgte, kam uns Soldaten natuerlich der Gedanke , es ist auch wohl nicht ernstlich beabsichtigt, seitens der Westmaechte, wenn man diese strategisch und operativ guenstigste Lage einfach verstreichen liess und waehrend dieser drei, vier Wochen des Einsatzes aller deutschen aktiven Verbaende im Osten nichts gegen uns unternahm, wenigstens nichts, was uns bedrohte. Das bestaerkte

H0319 - 0017

uns auch in der Auffassung bezueglich der voraussichtlichen weiteren Haltung der Westmaechte.

F: Welche Plaene hatte Hitler fuer den Westen?

A: Ich habe es nicht verstanden.

F: Welche Plaene hatte Hitler fuer den Westen?

A: Er hatte schon in der letzten Phase des Polenkrieges alle entnehrlichen Kraefte nach dem Westen transportieren lassen und natuerlich auch in der Ueberlegung, dass jederzeit dort noch etwas passieren koennte. Er hatte aber schon in den letzten Tagen des Polenkrieges mir gegenueber geaeussert, dass er im schnellsten Tempo die Kraefte von dem Osten nach dem Westen herueberwerfen und, wenn moeglich, im Winter 1939/1940 im Westen noch angreifen wollte.

DR. OTTO NELTE:

F: Waren in diesen Plaenen nun die Angriffe und Durchmaersche durch Luxemburg, Belgien und Holland vorgesehen?

A: Zunaechst nicht, sondern zunaechst war der Aufmarsch im Westen, wenn man es militaerisch ausdruecken soll, ein Sicherungsaufmarsch, das heisst, eine Grenzverstaerkung der Front in weitester Form, selbstverstaendlich in bevorzugtem Masse an der unbefestigten Front von Aachen bis ueber die hollaendische Grenze hinaus, wo garnichts war, ausser Grenzposten. Insofern ist also schon Ende September, Anfang Oktober 1939 ein Herueberwerfen des Heeres von Ost nach West in Form eines Sicherungsaufmarsches ohne Schwerpunkt erfolgt.

F: Was wusste denn die militaerische Fuehrung ueber die Haltung Belgiens und Hollands?

A: Das hat sich im Laufe des Winters natuerlich mehrfach gewandelt. Damals wurde im Herbst 1939, ich kann nur von mir sprechen, es moegen auch andere Auffassungen darueber bestehen, war ich der Ueberzeugung, dass Belgien auf jedem Fall aus dem Kriege bleiben wollte und alles wohl auch getan haben wuerde, um seine Neutralitaet zu wahren. Auf der anderen Seite bekamen wir durch die engen Beziehungen des belgischen und italienischen Koenighauses doch eine Reihe von Nachrichten, die sehr bedrohlich klangen, eine Kontrolle darueber, ob sie wahr sind, weiss ich nicht, aber wir erfuhren sie, und zwar in der Richtung, dass auf Belgien ein starker Druck ausgeuebt wuerde zugunsten der Aufgabe seiner Neutralitaet.

Ueber Holland wussten wir damals nur, dass Beziehungen generalstabsmaessiger

H0319 – 0018

Art zwischen England und Holland bestanden.

Die Dinge haben sich dann aber in den Monaten Oktober 1939 bis Mai 1940 in den verschiedensten Formen verstaerkt oder gemildert. Rein militaerisch wussten wir eines,naemlich, dass die franzoesischen saemtlichen schnellen Verbaende, also motorisierte Verbaende, auch aufmarschiert waren an der belgisch-franzoesischen Grenze und vom militaerischen Standpunkt aus beurteilten wir diese Massnahmen dahin, dass zum mindesten die Vorbereitung getroffen war, jederzeit mit den schnellen Verbaenden durch Belgien durchzurutschen und dann an der Grenze des Ruhrgebietes zu stehen. Die Einzelheiten glaube ich hier weglassen zu sollen, da sie fuer das weitere Geschehen nicht wesentlich sind. Es sind auch rein operative und strategische Momente.

F: Bestanden ueberhaupt Meinungsverschiedenheiten zwischen der Generalitaet und Hitler bezueglich dieses Angriffes im Westen, der ja durch das neutrale Gebiet fuehren musste?

A: Ich glaube, sagen zu muessen, dass das damals wohl eine der ernstesten Krisen in diesem Kriege mit gewesen ist, naemlich die Auffassungen einer Reihe von Generaelen, auch des Oberbefehlshabers des Heeres Brauchitsch und seines Generalstabschefs, und ich persoenlich gehoerte auch dazu, die einen Angriff im Westen, den Hitler ja noch im Winter beabsichtigte, unter allen Umstaenden versuchen wollten zu verhindern. Es waren das verschiedene Motive; die Schwierigkeiten des Herueberwerfens des Ostheeres nach dem Westen, dann ein Gesichtspunkt, naemlich der, das muss ich aussprechen, dass wir damals glaubten, vielleicht etwas mehr politisch gesehen, dass, wenn wir nicht angriffen, die Moeglichkeiten einer friedlichen Loesung noch nicht ueberholt oder noch nicht unmoeglich geworden sei. Wir hielten es also fuer moeglich, dass bis zum Fruehling sich da noch sehr viel politisch aendern koennte. Zweitens, wir waren entschieden gegen einen Winterkrieg als Soldaten, im Hinblick auf die kurzen Tage und die langen Naechte, die militaerisch immer ein grosses Hinderungsmoment fuer alle Operationen sind und auf den Einwand von Hitler, dass ja jederzeit der Durchmarsch der franzoesischen schnellen Kraefte durch Belgien erfolgen koennte und dar vor dem Ruhrgebiet staenden, hielten wir entgegen, dass wir glaubten, wir seien im Bewegungskriege einer solchen Situation ueberlegen; der waren wir gewachsen, das war unsere Auffassung. Ich darf gleich hinzufuegen, das war eine Situation, die zu einer sehr ernsten Krise gefuehrt hat zwischen Hitler und dem Oberbefehls-

H0319 – 0019

haber des Heeres und auch meiner Person, dass ich diese Gedankengaenge vertrat und sie von Hitler schaerfstens abgelehnt wurden; weil sie strategisch falsch seien, wie er sich ausdrueckte, warf er mir in diesen Auseinandersetzungen in schaerfster Form vor, dass ich mit den Generaelen des Heeres gegen ihn konspiriere und sie in dem Widerstand ihrer Auffassungen noch bestaerke. Ich muss das hier berichten, dass ich damals um meine sofortige Ausscheidung aus meiner Dienststellung bat und um eine andere Verwendung bat, weil ich das Vertrauensverhaeltnis fuer total zerbrochen hielt unter diesen Umstaenden und schwer gekraenkt war. Ich fuege hinzu, dass auch das Verhaeltnis zum Oberbefehlshaber des Heeres unter diesen Umstaenden stark gelitten hat. Meine Entlassung, beziehungsweise anderweitige Verwendung wurde scharf abgelehnt, ich sei nicht berechtigt; ich habe das hier schon eroertert, ich brauche das nicht mehr zu sagen. Aber ueberbrueckt ist dieser Vertrauensbruch nicht, auch in der Zukunft nicht, mehr worden. Es war schon im norwegischen Krieg ein aehnlicher Konflikt entstanden, das im Tagebuch des General Jodl bezeichnet wird "ernste Krise", weil ich das Haus verlassen hatte. Ich moechte darauf nicht eingehen.

F: Welches war nun der Anlass fuer die Ansprache Hitlers am 23.11.1939 in der Reichskanzlei an die Oberbefehlshaber.

A: Ich kann sagen, dass das mit dieser Krise zwischen Generalitaet -

H0319 - 0020

und Hitler in en stem Zusammenhang stand. Er versammelte damals die Generalitaet, um seine Auffassungen darzulegen und zu begruenden und wenn man weiss, dass es unter der Tendenz stand, hier muss ein Wandel in der Auffassung der Generalitaet herbeigefuehrt werden, dann wird man finden in der Niederschrif dass mehrfach direkt Personen scharf angegriffen wurden, in denen Begruendungen wiederholt wurden, die gegen diesen Angriff im Westen gesprochen haben und die vorgebracht worden waren. Ausserdem wollte er damit nunmehr unwiderruflich seinen Willen bekunden, noch im Winter diesen Angriff im Westen zu fuehren, da das strategisch nach seiner Auffassung die einzige Loesung sei, da jeder Zeitverlust dem Gegner zugunsten komme. Er rechnete also wohl damals nicht mehr mit einer anderen Loesung, als die der Waffen.

F: Wann wurde der Entschluss nun gefasst, durch Belgien und Holland vorzugehen ?

A: Die Vorbereitungen, einen solchen Durchmarsch und Angriff durch Belgien und Holland zu fuehren, waren vollkommen getroffen. Aber die Entscheidung darueber, ob ein solcher Grossangriff oder Neutralitaetsverletzung dieser Laender praktisch durchgefuehrt werden sollte, diese Entscheidung hielt Hitler zurueck, und hielt sie offen bis in den Fruehlung 1940 hinein, offenbar aus allerhand politischen Erwaegungen und vielleicht auch in der Ueberlegung, dass das Problem sich eventuell automatisch loesen wuerde, wenn von seiten der Gegner nach Belgien einmarschiert wuerde, oder die schnellen franzoesischen Truppen einrueckten oder aehnliches. Ich kann nur feststellen, dass die Entscheidung der Durchfuehrung bis zur letzten Minute immer offen gehalten wurde und erst der Befehl unmittelbar vorher gegeben wurde, dass es durchzufuehren sei. Ich glaube, dass auch einen Moment dabei mitgespielt hat, die schon von mir erwaehnten Beziehungen zwischen dem belgischen und italienischen Koenigshaus, dass Hitler seine Entscheidungen immer mit dem Geheimnis umgab und so fuerchtete er wohl, dass dies auf diesem Weg bekannt wuerde.

Vorsitzender: Das Gericht vertagt sich nunmehr auf 10 Minuten.

(Pause von 10 Minuten)

Vorsitzender: Dr. Nelte, das Gericht wuerde sich freuen, wenn Sie sich auf die Tschechoslowakei beziehen oder irgend einen anderen Staat diesem beim richtigen Namen nennen, sowohl Sie, als auch die Verteidiger und andere Zeugen.

Dr. Nelte: Herr Praesident, der Angeklagte Keitel moechte eine kleine Berichtigun abgeben bezueglich einer Auskunft, die er heute morgen auf meine Frage nach der

H0319-0021

Besetzung im Westen waehrend des Polenkrieges gegeben hat.

Vorsitzender: Sehr gut.

Zeuge: A: Ich habe vorhin gesagt, dass im Westen waehrend des Polenkrieges 5 Divisionen gestanden haetten. Ich muss das berichtigen. Ich habe das verwechselt mit dem Jahre 1938. Im Jahre 1939 waren es einschliesslich der im Rheinland und in den rueckwaertigen Westgebieten stehenden Reserveformationen rund 20 Divisionen. Also die Angabe von mir war ein Versehen, eine Verwechslung.

F: Wir kommen jetzt zu den Balkan Kriegen. Die Anklagebehoerde hat auch in Bezug auf den Krieg gegen Griechenland und Jugoslavien Ihnen die Mitwirkung an der Vorbereitung, Planung und Durchfuehrung vorgeworfen. Welches ist Ihre Einstellung hierzu ?

A: In dem Krieg gegen Griechenland und im Fruehlung 1941 gegen Jugoslavien sind wir voellig und ueberraschend und ohne irgendwelche Plaene hineingerissen worden. Zunaechst Griechenland. Ich habe Hitler auf seiner Reise durch Frankreich zu den Begegnungen mit Marschall Petain und mit Franco an der spanischen Grenze begleitet und wir erhielten auf der Reise die erste Nachricht ueber die Absichten Italiens bezueglich eines Angriffes auf Griechenland. Es wurde sofort die Reise nach Florenz beschlossen und beim Eintreffen in Florenz die Mitteilung von Mussolini entgegen genommen, was Reichsmarschall Goering schon vorgetragen hat, dass ein Angriff gegen Griechenland bereits begonnen hat.

Ich kann nur sagen aus meinen persoenlichem Erleben, dass Hitler ueber diese Wendung und dieses Hineinziehen des Balkans in den Kriegsauf das aeusserste entruestet war und nur die Tatsache des verbuendeten Italiens einen Bruch mit Mussolini verhindert hat.

Irgendwelche Absichten gegen Griechenland einen Krieg zu fuehren, sind mir niemals bekannt worden.

F: War denn eine Notwendigkeit fuer das Deutsche Reich gegeben, in den Krieg nunmehr einzutreten, oder wie kam es dazu ?

A: Zunaechst war keine Notwendigkeit gegeben, aber es stellte sich ja schon in den ersten Monaten Oktober-November dieses Feldzuges der Italiener heraus, dass die Lage Italiens in diesem Krieg eine aeusserst bedrohliche wurde. So ! es wohl schon im November oder Dezember zu Hilferufen von Seiten Mussolinis, in irgend einer Form ihm zur Seite zu treten.

H0319 – 0022

Ausserdem ist es natuerlich militaerisch gesehen so, dass fuer die Gesmatkriegsfuehrung eine Niederlage Italiens auf dem Balkan erhebliche und ernstliche Folgen haben koennte. So wurde mit Improvisationen ausgeholfen. Es sollte glaube ich, eine Gebirgsdivision zugefuehrt werden. Das war technisch unmoeglich, weil keine Ausladungsmoeglichkeiten vorhanden waren. Es wurde dann eine andere Loesung mit Lufttransportmitteln und aehnliches gefunden.

F: In einem Augenblick, in dem die Improvisationen aufhoerten, entstand aber der von der Anklagebehoerde vorgelegte Plan "Marita". Wann war das ?

A: Ja, ansich fing der Krieg in Griechenland und Albanien an ein gewisses Stadium der Stagnation zu erreichen durch die Einfluesse des Winters. Waehrend dieser Zeit wurde nun ueberlegt, um eine Katastrophe fuer Italien abwenden zu helfen, bestimmte Kraefte zu einem Entlastungsangriff - so muss ich es nennen- gegen Griechenland von Norden her heranzufuehren, was selbstverstaendlich monatelang dauern wuerde und dauern musste.

Ich darf nun erlaeutern, dass damals an einen Durchmarsch durch Jugoslavien oder auch nur an eine Zumutung, Kraefte durch Jugoslavien fuer diesen Zweck heranzufuehren auf dem naechsten Wege von Hitler strikte abgelehnt wurde, obwohl gerade das Heer diese Moeglichkeit als die bequemste Form der Heranziehung von Truppen vorgeschlagen hatte.

Fuer den Plan "Marita" ist vielleicht nicht viel mehr zu sagen, als wie der Durchmarsch durch Bulgarien, der vorbereitet und diplomatisch mit Bulgarien abgesprochen war.

F: Ich moechte hierzu nur noch eine Frage stellen. Die Anklage hat vorgetragen, dass schon vor dem Sturz der jugoslavischen Regierung, also Ende Maerz 1941 Verhandlungen mit Ungarn fuer den Fall eines Angriffs auf Jugoslavien stattgefunden haetten. Sind Sie bezw. das OKW hiervon benachrichtigt oder sind Sie dabei beteiligt worden ?

A: Nein, ich erinnere mich in keiner Form an irgendwelche militaerischen Erörterungen auch von Seiten des OKW und Ungarn ueber eine evtl. militaerische Aktion im Falle Jugoslaviens. Das ist mir voellig unbekannt. Im Gegenteil es war alles, was dann sich spaeter ereignete - es werden ja noch ueber Jugoslavien einige Worte zu sprechen sein - voellige Improvisation. Vorbereitet war garnichts, jedenfalls nicht mit Kenntnis des OKW.

H0319 - 0023

F: Es ist Ihnen doch bekannt, dass militaerische Besprechungen mit Ungarn stattgefunden haben in diesem Zeitraum. Ich nehme an, Sie wollen nur sagen, dass sich diese nicht auf Jugoslavien bezogen haben.

A: Selbstverstaendlich, es war mir bekannt, dass mit den Ungarn mehrfach Generalstabsmaessige Besprechungen stattgefunden haben.

F: Sie sagten, Sie wollten noch etwas ueber den Fall Jugoslavien sagen. Reichsmarschall Goering hat ueber dieses Problem hier Ausfuehrungen gemacht. Koennen Sie noch irgend etwas Neues hinzufuegen ? Sonst hatte ich keine Fragen mehr in Bezug auf diesen Komplex.

A: Ich moechte nur nochmals bestaetigen, dass der Entschluss militaerisch gegen Jugoslavien vorzugehen, eine voelliges Umwerfen aller bis dahin vorgesehenen militaerischen Vormaersche und Ansaetze bedingte. "Marita" musste voellig umgeworfen werden, ebenso neue Kraefte durch Ungarn von Norden herangefuehrt werden. Das war voellige Improvisation.

F: Wir kommen jetzt zu dem Fall "Barbarossa". Die sowjetrussische Anklagebehoerde im besonderen hatte hervorgehoben, dass das Oberkommando der Wehrmacht und Sie als Chef des Stabes schon im Sommer 1940 sich mit dem Plan eines Angriffes gegen die Sowjetunion befasst hatten. Wann hat Hitler erstmals mit Ihnen ueber die Moeglichkeit einer Auseinandersetzung, einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Sowjetunion gesprochen ?

A: Nach meiner Erinnerung war das anfangs August 1940 gelegentlich einer Lagebesprechung in Berchtesgaden bezw. in seiner Wohnung am Berghof. Da wurden zum ersten Mal die Moeglichkeiten kriegerischer Konflikte mit der Sowjetunion eroertert.

F: Welche Gruende hat Ihnen damals Hitler bekanntgegeben ? die moeglicherweise zu einer kriegerischen Auseinandersetzung fuehren koennten ?

A: Ich kann mich glaube ich auf das beziehen, was Reichsmarschall Goering dazu gesagt hat.

Es waren nach unseren Begriffen starke Truppen-konzentrationen im bessarabischen und bukowinischen Raum - auch der Aussenminister hat da Zahlen genannt, die mir nicht erinnerlich sind- und die Besorgnis, die Hitler damals wiederholt aussprach, dass vielleicht daraus etwas weiteres im rumaenischen Raum entstehen und damit die Erdoel-, die Treibstoffversorgung unserer Kriegsfuehrung, die grossteteils aus den rumaenischen Erdoellieferungen be ruhte, gefaehrdet werden koennte. Ausserdem sprach er wohl noch von den starken oder auffallenden Truppen konzentrationen in den baltischen Provinzen.

H0319 – 0024

F: Wurden damals schon irgendwelche Anordnungen Ihrerseits bezw. seitens der in anspruchgenommenen Wehrmachtsteile getroffen ?

A: Nein, meiner Erinnerung nach beschraenkte sich das auf, einmals die Aktivierung des Nachrichten- oder Spionagedienstes gegen Russland und zweitens auf gewisse Untersuchungen u ber die Moeglichkeit, Truppen von Westen aus Frankreich in schnellerer Zeitfolge nach dem Suedosten bezw. nach Ostpreussen hin zu ueberfuehren. Gewisse Ruecktransporte der Truppen der Ostwehrkreise waren schon Ende Juli angelaufen. Sonst sind keine Anordnungen getroffen worden damals.

F: Wie war denn die Demarkationslinie besetzt ?

A: Von der Demarkations- oder der Grenzlinie lagen laufend Meldungen vor ueber Grnezzwischenfaelle, Schiessereien und insbesondere ueber haeufige Ueberfliegungen dieser Demarkationslinie durch Flugzeuge der Sowjet-Union, die auch zu entsprechenden Noten, wie ich mich erinnere, gefuehrt haben. Aber es waren unentwegte kleine Grenzkaempfe und Schiessereien, besonders im Sueden, und wir erhielten Nachrichten durch unsere Grenzbesetzung, dass laufend oder in gewissen Zeitraeumen neue russische Truppenverbaende ihnen gegenueber in Erscheinung traten. Das war wohl alles.

F: Wissen Sie, wieviele Divisionen standen von der deutschen Wehrmacht dort ?

A: Waehrend des Westfeldzuges waren es, diesmal glaube irre ich michnicht, 7 Divisionen. 7 Divisionen von Ostpreussen bis and die Karpathen, von denen sogar noch zwei waehrend des Westfeldzuges nach dem Westen transportiert, aber nachher wieder zurueckgefuehrt wurden.

F: Die Anklagebehoerde hat vorgetragen, dass Ende Juli 1940 Generaloberst Jodl in Riechenhall eine allgemeine Anweisung an einige Offiziere des Wehrmachtsfuehrungsstabes gegeben habe, sich mit dem Problem Russland zu beschaeftigen und vor allen Dingen die Probleme der Eisenbahntransporte zu studieren. Da Sie vorhin sagten, dass Sie erst im August erstmals Kenntnis erlangt haetten seitens Hitler frage ich Sie, ob Sie ueber diese Besprechungen Generaloberst Jodl orientiert waren ?

A: Nein, ich habe das erst, ich glaube hier, erfahren, dass diese Besprechung in Berchtesgaden Ende Juli anfangs August. Ich habe es nicht gewusst und glaube auch, General Jodl hat es damals wohl vergessen, mir zu sagen, es war mir unbekannt.

H0319 – 0025

F: Wie dacht n Sie persoenlich in dieser Zeit ueber das Problem, das sich ja durch die Besprechung mit Hitler auftat ?

A: Ich war damals, als ich mir bewusst wurde, dass hier doch ernste Gedanken bereits erwogen wurden, war ich sehr ueberrascht und hielt das auch fuer sehr ungluecklich. Und ich ueberlegte ernstlich, was man tun koenne, um mit militaerischen Erwaegungen auf Hitler Einfluss zu gewinnen. Ich habe damals, es ist hier schon kurz von dem Aussenminister eroertert worden, persoenlich eine Denkschrift geschrieben, wo ich meine Gedanken, ich moechte es so sagen, unabhaengig von den sachbearbeitenden Stellen des Generalstabs und des Wehrmachtsfuehrungsstabes, daruber niederzulegen und wollte diese Denkschrift Hitler vorlegen. Ich entschloss mich zu dieser Methode, weil es ja typisch war, dass man ueber den zweiten Satz einer solchen Vorstellung ihm gegenueber, Hitler, nicht herauskam, weil er das Wort dann an sich riss und man kam nicht mehr dazu, zu sagen, was man wollte. In diesem Zusammenhang kann ich gleich bemerken, dass ich es mir ueberlegte, es war wohl das erste und einzige Mal, beim Aussenminister persoenlich vorzusprechen und ihm gelegentlich zu sagen, dass er mich von der politischen Seite aus unterstuetzen moege. Das ist dann der hier schon erwaehnte Besuch in Fuschl, den der Aussenminister von Ribbentrop ja neulich bei seiner Vernehmung schon bestaetigt hat.

F: Also Sie bestaetigen das, was Herr von Ribbentrop gesagt hat, sodass ich das nicht mehr zu wiederholen brauche.

A: Ich bestaetige, dass ich in Fuschl war. Ich hatte auch die Denkschrift meines Wissens bei mir. Sie war handschriftlich geschrieben, weil ich niemandem das in die Hand gebenwollte, und ich bin mit dem Bewusstsein von Fuschl weggefahren, dass er im gleichen Sinne auf Hitler Einfluss auszuueben versuchen wollte. Er sagte mir das zu.

F: Haben Sie Hitler nun diese Denkschrift ueberreicht ?

A: Ja, ich habe einige Zeit spaeter nach einem Lagevortrag auf dem Berghof ihm diese Denkschrift allein uebergeben. Er sagte mir damals, glaube ich, er wolle sie studieren, nahm sie an sich und liess mich nicht weiter dazu kommen, Ausfuehrungen zu machen.

F: Sind Sie spaeter novh einmal darauf zurueckgekommen bei der Wichtigkeit dies Vorstellung ?

H0319 - 0026

A: Ja, es erfolgte zunaechst gar nichts, sodass ich nach einiger Zeit daran erinnerte und bat, doch mit mir ueber diese Frage zu sprechen. Das geschah dann auch und es wurde sehr kurz damit abgetan, dass das, was von militaerischem Gesichtspunkt oder strategisch von mir vorgebracht sei, in keiner Weise ueberzeuge. Die Gedanken muesse er, Hitler, als falsch ablehnen. Ich kann in diesem Zusammenhang vielleicht kurz erwaehnen, dass es mich wiederum auf das Tiefste beruehrte, es wieder zu einer Krise kam, in der ich bat, mich von meinem Posten abzuloesen und einen anderen Mann an meine Stellung zu setzen und mich an die Front zu schikken. Auch das fuehrte zu einer scharfen Kontroverse, wie ja vom Reichsmarschall bekanntlich schon dargelegt. Gedanken, die er darueber hatte, er verbete sich, dass ein General, dessen Ansichten er nicht billige, daraufhin seine Entlassung aus seiner Stellung beantrage. Ich glaube, er sagte: Es sei sein gutes Recht, derartige Vorschlaege und Gedanken zu verwerfen, wenn er sie nicht fuer richtig halte. Es sei nicht mein Recht, daraus Konsequenzen ziehen zu wollen.

F: Gab er Ihnen diese Denkschrift zurueck ?

A: Nein, ich glaube, ich habe sie nicht zurueckbekommen. Ich habe bisher immer angenommen , sie war mit den Schmundt Akten gefunden worden, was offenbar nicht der Fall ist. Ich habe sie nicht zurueckbekommen. Er hat sie behalten.

F: Ich will die Zeit des Gerichts in diesem Zusammenhang nicht weiter in Anspruch nehmen und es Ihnen ueberlassen, ob Sie glauben, dass Sie den Inhalt der Denkschrift darlegen wollen. Fuer mich ist wesentlich hierbei nicht die militaerische Darst llung, die man sich denken kann, sondern die Frage, haben Sie auf den Nichtangriffspakt von 1939 dabei verwiesen ?

A: Ja, aber ich muss bemerken, dass der wesentliche Teil meiner Denkschrift militaerische Ueberlegungen waren. Militaerische Ueberlegungen ueber Kraeftemass, Kraeftebedarf, Kraefteersplitterung, die wir damals hatten in Frankreich und Norwegen, die Luftwaffe gebunden in Italien und gebunden im Westen, aber ich habe auch in dieser Denkschrift bestimmt hingewiesen auf die Tatsache des Nichtangriffpaktes in dem Zusammenhang. Das andere waren alles militaerische Gesichtspunkte.

F: Wurden in dieser Zeit militaerische Anordnungen getroffen ?

A: Nein. Es wurde damals noch nichts angeordnet mit Ausnahme wohl der Verbesserung der Transportlinien von Westen nach dem Osten fuer schnelleres Heranfuehren-

H0319-0027

koennen von Truppen hauptsaechlich in den Suedostraum, also noerdlich der Karpathen und in den ostpreussischen Raum. Sonst sind damals noch keine Anordnungen irgendwelcher Art getroffen worden.

F: Hatte die Unterredung mit Herrn Aussenminister Molotov schon stattgefunden ?

A: Nein, im Gegenteil, damals im Oktober schwebten Erwaegungen einer Aussprache mit den Russen. Das hat mir auch damals Hitler gesagt und er betonte dabei immer, bevor eine solche Aussprache nicht stattgefunden habe, wollerer auch keine Anordnungen treffen, nachdem ihm, ich glaube, von General Jodl, nachgewiesen worden war, dass es zurzeit technisch unmoeglich waere, starke Truppenteile nach dem Osten in die bedrohten Gebiete, die ich schon nannte, zu ueberfuehren. Es geschah also nichts. Es wurde dieser Besuch, bezw. die Besprechung mit der russischen Delegation vorbereitet, wobei ich bemerken darf, dass ich damals den Vorschlag machte, Hitler moege mit Herrn Stalin persoenlich sprechen. Das war das einzige, was ich in den Dingen getan habe.

F: Wurden bei dieser Besprechung auch militaerische Dinge eroertert ?

A: Ich habe an den Besprechungen mit Herrn Molotov in der Begleitung ueberhaupt nicht teilgenommen, obwohl ich auch in diesem Fall bei der Begruessung bei gewissen gesellschaftlichen Veranstaltungen anwesend war. Ich erinnere mich, zweimal Nachbar bei Tisch von Molotov gewesen zu sein. Irgendwelche politische Besprechungen habe ich weder erlebt noch auch persoenlich mit meinem Tischnachbarn gehabt.

F: Was sagte Hitler nach Abschluss der Besprechungen ?

A: Nach der Abreise hat er uns eigentlich sehr kurz informiert und etwa gesagt, er sei von der Aussprache enttaeuscht. Er erwaehnte, glaube ich, kurz, es seien Probleme des Ostseeraumes ganz allgemein und des Schwarzen Meeresraumes eroertert worden, zu denen er aber keine positive oder gewuenschte Stellungnahme einnehmen koennte. Auf Einzelheiten habe er sich nicht eingelassen. Ich fragte auch nach den militaerischen Dingen, die damals ja eine gewisse Bedeutung hatten, der starken Kraefte im bessarabischen Raum. Ich glaube, dass Hitler damals einer Antwort auswich und sagte, das hinge ja mit den Dingen zusammen offenbar, er habe das wohl nicht vertieft, jedenfalls bot es uns nichts Neues und nichts Finales.

F: Wurden nach dieser Besprechung militaerische Anordnungen getroffen ?

H0319 - 0028

A: Ich glaube, auch dann noch nicht, sondern Hitler sagte damals, er wolle noch die Reaktion der Eroerterungen im Ostraum abwarten, wenn die Delegation nach dort zurueckgekehrt sei. Es seien in dieser Besprechung auch Auftraege an den Botschafter gegeben, also jedenfalls nicht unmittelbar nach dem Molotov-Besuch wurden Anordnungen gegeben.

F: Ich bitte dann, den Zeitpunkt zu nennen, in welchem die ersten konkreten Anweisungen gegeben wurden ?

A: Ich kann es nur rueckwaerts konstruieren, an der mir hier vorgelegten Weisung "Barbarossa", die ja im Dezember hinausgegangen ist. Es wird also wohl in der ersten Haelfte Dezember gewesen sein, als die Befehle dafuer hinausgegeben worden sind, die bekannte Weisung "Barbarossa". Die Anordnungen sind also praezis gesagt anfangs Dezember gegeben worden, den strategischen Plan auszuarbeiten.

F: Waren Ihnen die Besprechung bekannt, die im Dezember in Zossen stattfand und die die Anklagebehoerde hier erwaehnt hat. Ich darf daran erinnern, das der finnische General Heinrichs dabei anwesend war ?

A: Nein, ich habe von der Eroerterungsbesprechung in Zossen nichts gewusst, Ich glaube, es war auch der General Buschenhagen da nach den Aussagen, die er hier gemacht hat und ich habe von dem General Heinrichs in Zossen nichts gewusst und hier zum ersten Mal davon gehoert, Ich kann mir das nur so erklaeren, dass der Generalstab des Heeres Unterlagen oder sonstige Dinge beschaffen wollte und dazu noch mit den Betreffenden gesprochen hat. Ich habe den General Heinrichss erst im Mai 1941 kennengelernt. Damals hatte ich mit ihm und General Jodl eine Besprechung in Salzburg, vorher habe ich ihn nie gesehen und nie gesprochen.

F. Hat es eine Bedeutung, dass in der Weisung 21 gesagt ist, dass Hitler 8 Wochen vor einer eventuellen Ausloesung des Operationsplanes, den Anlauf und die Durchfuehrung des tatsaechlichen Aufmarsches befehlen werde.

A. Doch, das hatte eine absolute Bedeutung. Ich bin daraufhin schon von der Delegation der Sowjetunion hier verhoert worden. Es war der Grund der, dass nach den Berechnungen des Heeres der Aufmarsch eisenbahntechnisch zu tragen etwa 8 Wochen dauern muesste, wenn man aus dem Reichsgebiet die Truppen fuer eine Operationsausgangslage hinfuehren wollte und Hitler betonte damals bei der mehrfachen Ueberarbeitung, dass er diesen Anlauf eines solchen Aufmarsches unbedingt in der Hand behalten wollte. Mit anderen Worten, Truppenbewegungen ohne seine Genehmigung nicht gefahren werden duerfen. Das war der Zweck dieser Besprechung.

F. Wann wurden Sie sich klar, dass Hitler entschlossen war, die Sowjetunion anzugreifen?

A. Das war nach meiner Erinnerung anfangs Maerz, gedacht war daran etwa Mitte Mai, den Angriff eventuell zu fuehren und dann musste Mitte Maerz die Entscheidung ueber den Eisenbahnaufmarsch getroffen werden. Deshalb fand in der ersten Maerzhaelfte eine Generalsversammlung statt, d.h. ein Befehlsempfang der Generaele, bei Hitler und die von ihm damals gemachten Ausfuehrungen hatten eindeutig den Zweck, den Generaelen zu sagen, dass er zur Ausfuehrung die Aufmarsches ansich entschlossen sei, obwohl ein Befehl noch nicht gegeben war und er gab damals eine ganze Reihe von Gedanken und auch gewisse Anweisungen fuer die Dinge, die auch hier in den Richtlinien auf Sondergebieten Fall "Barbarossa" enthalten sind. Das ist Dokument 447-PS. Diese Richtlinien sind von mir dann auch unterzeichnet worden. Fuer diese Richtlinien und die Gedanken, die darin stehen, gab er damals die Direktive, sodass die Generaele schon ueber diesen Inhalt informiert waren, was mich dann auch veranlasste, das in dieser Form schriftlich zu bestaetigen; denn es war fuer keinen der Beteiligten etwas Neues darin.

F. Neu scheint mir aber wohl gewesen zu sein, was Hitler den Generaelen bei der Ansprache gesagt hat und es scheint mir auch, dass Sie, da Sie doch nunmehr mit diesen Dingen d.h. mit der Ausarbeitung zu tun hatten, sich darueber klar wurden, oder werden mussten, dass jetzt eine ganz anormale Methode der Kriegsfuehrung beginnen sollte, wenigstens gesehen von Ihrem soldatischem traditionellen Standpunkt aus.

H0319-0029

H0319-0030

A. Das ist richtig. Es kamen dort die Gedanken zum Ausdruck ueber die Verwaltung und die wirtschaftliche Ausnutzung der zu erobernden oder zu besetzenden Gebiete. Es kam der voellig neue Gedanke, Reichskommissariate, Zivilverwaltungen, einzusetzen. Es kam der eindeutige Entschluss, dem Bevollmaechtigten des Vierjahresplanes die oberste Leitung zu uebertragen und das, was das Entscheidenste fuer mich war und mich am meisten beruehrte, war, dass neben der, dem militaerischen Befehlshaber zustehenden Rechte der Ausuebung der vollstaendigen Gewalt durch die Besatzungsmaechte, hier ein Weg beschritten wurde, in dem klar ausgesprochen wurde, dem Reichsfuehrer-SS, Himmler, umfassende Vollmachten zu uebergeben, in Bezug auf die ganzen polizeilichen Aktionen, die dann bekanntgeworden sind, in diesen Gebieten. Ich habe mich dagegen auf das Schaerfste gewehrt, weil es mir unmoeglich erschien, zwei Gewalten hier nebeneinander zu stellen. Es steht hier in den Richtlinien drin, die Worte: "Die Befugnisse des Oberbefehlshabers des Heeres werden hierdurch nicht beruehrt."

Das war eine absolute Taeuschung und Selbsttaeuschung. Das Gegenteil ist eingetreten. Ich habe mich solange, als es mit meiner Dienststellung vereinbar war, dagegen zur Wehr gesetzt. Ich glaube, sagen zu duerfen, dass ich keinen anderen Zeugen dafuer habe, als den General Jodl, der das miterlebt hat. Schliesslich hat Hitler diese Richtlinien, mehr oder weniger, selbst bearbeitet und ihm den Sinn gegeben, den er wollte. So sind diese Richtlinien entstanden.

Dass ich das, was drin steht, nicht befehlen konnte, geht schon daraus hervor, dass dort drin stand, der Reichsmarschall erhaelt den Auftrag..., der Reichsfuehrer-SS erhaelt den Auftrag... usw. Ich konnte diese ja gar nicht beauftragen.

F. Ist eigentlich nicht eroertert worden, dass man, wenn man einen Angriff gegen die Sowjet-Union unternehmen wollte, man doch vorher, sei es diplomatische Schritte, oder sei es eine Kriegserklaerung oder ein Ultimatum, uebersenden musste?

A. Doch, das ist von meiner Seite eroertert worden. Ich habe schon im Winter 1940/41 Hitler gebeten, jeweils, wenn die Eroerterungen kamen, ueber die starken Kraefte der Russen an der Demarkationslinie, d.h. also im Dezember, Januar, eine Note an die Sowjet-Union zu richten, um hier eine, ich moechte sagen, eine Bereinigung herbeizufuehren. Aber ich kann gleich hinzufuegen, dass er das erste Mal gar nichts sagte, das zweite Mal ablehnte, mit der Begruendung etwa, es sei zwecklos, darauf wuerde er nur die Antwort bekommen, es sei eine interne Angelegenheit, das ginge uns nichts an, oder so aehnlich. Es wurde je-

H0319-0031

denfalls abgelehnt. Ich habe dann nochmals versucht und zwar zu einem spaeteren Stadium, d.h. ich habe die Bitte ausgesprochen, vor einer Aktion ein Ultimatum zu stellen, um in irgendeiner Form die Basis ueberhaupt zu finden, fuer einen Praeventivkrieg, wie wir ihn ja genannt haben, bei einem Angriff.

F. Sie sagen Praeventivkrieg. Wie war denn, als die entscheidenden Entschluesse fielen, die militaerische Lage?

A. Ich bin an die Lage, wie wir sie beurteilten, oder wie sie beim Heer beurteilt wurde, hier am besten erinnert worden, durch eine Studie oder eine Niederschrift, die als.... ich glaube, es ist das Dokument PS-872 -- ja -- PS 872 ... nach dem Datum Ende Januar, oder Anfang Februar "Vortrag des Chefs des Generalstabs des Heeres bei Hitler, ueber den Stand der operativen und strategischen Vorarbeiten". In diesem Dokument habe ich gefunden, die damaligen Erkenntnisse ueber die Staerke des Aufmarsches der Roten Armee und die sonstigen darueber bestehenden und bekanntgewordenen Unterlagen, die in diesem Dokument eingehend behandelt sind.

Im uebrigen muss ich allerdings auch sagen, dass ich von seiten des Nachrichtendienstes des OKW, Admiral Canaris, wenig oder weniger Material zur Verfuegung bekam, oder dem Heer zur Verfuegung gestellt werden konnte, wegen der sehr starken Abschliessung des russischen Raumes gegen deutsche Feststellungen. Es war lueckenhaft bis zu einem gewissen Grade. Nur das, was in dem PS-872 steht, war bekannt.

F: Wollen Sie kurz sagen, was drin steht, um Ihre Entschluesse zu rechtfertigen?

A. Ja, es waren .... Halder berichtete wohl, dass 150 Divisionen der Sowjet-Union aufmarschiert seien an der Demarkationslinie, Grenze, dann waren Luftbilder vorhanden, ueber eine grosse Anzahl von Flugplaetzen, kurzum, es war ein Grad der Bereitschaft auf der sowjetrussischen Seite, der jederzeit zu militaerischen Aktionen fuehren konnte. Erst die wirklichen Aktionen haben dann wirklich erkennen lassen, wie weit die Vorbereitungen auf der feindlichen Seite bereits gediehen waren. Ich muss allerdings sagen, dass das eine Erkenntnis ist, die der Angriff an sich erst gebracht hat.

F. Sie waren anwesend bei der letzten Ansprache Hitlers an die Befehlshaber im Osten, am 14. Juni 1941, in der Reichskanzlei? Ich bitte Sie, ohne in Wiederholungen zu verfallen, kurz zu sagen, was Hitler hier gesagt hat und wie das,

H0319-0032

was er sagte, auf die Generaele gewirkt hat.

VORSITZENDER: Ist denn darueber kein Dokument vorhanden? Alles muss in einem Dokument enthalten sein, oder nicht?

DR. NELTE: Ich wollte eine Frage hierzu geben und dann das Dokument ueberreichen, bezw., wenn der Gerichtshof es will, moechte ich das Dokument gar nicht verlesen, sondern nur, die am Ende des Dokumentes stehende kurze Zusammenfassung verlesen. Ist das dem Gerichtshof so recht?

VORSITZENDER: Aber Sie haben den Angeklagten gefragt, ueber das, was im Dokument enthalten ist.

DR. NELTE: In dem Dokument steht, wenn ich es kurz sagen soll, folgendes. Es ist die Entwicklung und die stetig steigende Beeinflussung der Macht fremder Organisation, auf den Kriegsverlauf. Es ist der Nachweis, dass die Wehrmacht sich in diesem Kriege, der ein entarteter Krieg genannt werden muss, bemueht hat, sich, soweit es moeglich war, in den Grenzen des Voelkerrechts zu halten und dass, wenn der .....

VORSITZENDER: Ich moechte nur wissen, wie Ihre Frage lautete?

DR. NELTE: Meine Frage lautete an Keitel, er solle mir ueber die Ansprache vom 14. Juni 1941 sagen, was Hitler den Generaelen befohlen hat und welche die Wirkung war. Ich wollte damit die Vorbereitungen des Russlandfeldzuges abschliessen.

VORSITZENDER: Er kann sagen, wie die Wirkung auf ihn selbst war, aber ich kann nicht verstehen, wie er sagen koennte, wie die Wirkung auf die anderen Generaele war.

DR. NELTE: Er kann es natuerlich nur annehmen, aber er kann ja sehen, ob die anderen in irgendeiner Form reagiert haben. Man kann sprechen, man kann Vorstellungen erheben und ich will nur wissen, ob dies geschehen ist oder nicht.

VORSITZENDER: Vielleicht fragen Sie ihn lieber, was sich bei der Konferenz zugetragen hat. Wenn Sie wissen wollen, was sich bei der Konferenz zugetragen hat, warum fragen Sie ihn denn dann nicht?

DR. NELTE: Bitte.

A. Nach kurzen Vortraegen ueber die operativen Auftraege an die einzelnen Befehlshaber, folgte eine zusammenfassende Ansprache, die ich ausgesprochen, als eine politische bezeichnen muss. Es wurde an die

H0319-0033

Spitze gestellt, dass es sich hier um einen Entscheidungskampf zwischen zwei Weltanschauungen handle und dass diese Tatsache es unmoeglich mache, an die Fuehrung in diesem Kriege, die Methoden, wie wir Soldaten sie kannten und wie wir sie allein fuer voelkerrechtlich richtig hielten, ein voellig anderer Masstab angelegt werden muesste. Mit diesen Mitteln sei der Krieg doch nicht zu fuehren. Es sei ein ganz neuer Krieg, mit ganz anderer Voraussetzung. Mit diesen Ausfuehrungen wurden dann die verschiedenen Anordnungen gegeben, in den unbefriedigten Gebieten, die Gerichtsbarkeit auszuschalten, Widerstaende mit brutalen Mitteln niederzukaempfen, in jedem oertlichen Widerstand den Einfluss der tiefen Gegensaetze zwischen den beiderseitigen Weltanschauungen zu sehen. Es waren da ganz ausgesprochene und vollkommen neue und ausserordentlich eindrucksvolle, aber auch ausserordentlich uns beruehrende Gedanken.

F: Haben Sie, oder irgendwelche anderen Generaele gegen diese Weisungen und Befehle Einwendungen gemacht oder Vorstellungen erhoben ?

A: Nein, ich habe persoenlich keine Vorstellungen erhoben, abgesehen von denen, die ja schon vorausgegangen waren und von den Widerstaenden, die ich diesen Dingen schon vorher entgegengesrzt hatte. Es ist mir aber nicht bekannt geworden, welche Generaele und ob Generaele sich an den Fuehrer gewandt hatten. Jedenfalls, im Anschluss an diese Besprechung, ist es nicht geschehen.

DR.NELTE: Herr Praesident, ich glaube, dass es jetzt die Zeit ist, darueber zu entsxheiden, ob Sie die in meinem Dokumentenbuch Nr. 2 unter den Nr. 3 und 5 enthaltenen Affidavits des Angeklagten Keitel, als Beweisstuecke entgegennehmen wollen. Vielleicht kann sich die Anklagebehoerde dazu aeussern.
Wir haben bis jetzt lediglich die Vorgeschichte zu dem eigentlichen Russlandkrieg behandelt. Ich moechte, soweit der Angeklagte Keitel in Betracht kommt und das OKW, die Fragestellung dadurch abkuerzen, dass ich die beiden Affidavits ueberreiche. Es handelt sich bei dem Affidavit Nr.3, um die Darstellung der Befehlsverhaeltnisse im Osten. Durch die grossen Raeume und die zahlreichen Organisationen entstand ein verwickelter Befehlsgang. Um nun Ihnen zu ermoeglichen, festzustellen, ob der Angeklagte Keitel oder das OKW oder welche Stelle auch immer, verantwortlich ist, sind die Befehlsverhaeltnisse im Osten eingehend dargelegt. Ich glaube, es wuerde sehr viel Zeit ersparen, wenn Sie dieses Dokument als Beweisstueck entgegennehmen wuerden.

VORSITZENDER: Ja, Sir David ?

H0319 - 0034

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Hohes Gericht. Mr. Dodd und ich widersprechen diesem Verfahren der Verteidigung nicht und wir glauben, dass es dem Gericht wahrscheinlich behilflich sein wird, wenn es gedruckte Berichte vor sich liegen hat.

VORSITZENDER: Herr Dr. Nelte, haben Sie die Absicht diese Affidavits vorzulesen, oder nur zusammenzufassen ?

DR.NELTE: Ich habe vor, es Ihnen nur zu ueberreichen, nachdem ich den Angeklagten gefragt habe, dass das, was in dem Affidavit steht, von ihm geschrieben und unterschrieben worden ist.

VORSITZENDER: Die Anklagebehoerde hat natuerlich diese Affidavits seit laengerer Zeit in Haenden?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Jawohl, das gilt auch, wenn ich Sir David richtig verstehe, fuer das Affidavit 5.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ja.

VORSITZENDER: Herr Dr. Nelte. Es waere richtig, wenn Sie diesen Affidavits die fortlaufende Nummer, Ihrer Beweisstuecke geben und uns auch die Daten bekanntgeben wuerden, damit wir sie identifizieren koennen. Koennen Sie uns die Daten der Affidavits geben ?

DR.NELTE: Darf ich es waehrend der Mittagspause in dem Sekretariat in Ordnung bringen ?

VORSITZENDER: Jawohl. Das erste Affidavit ist vom 8.Maerz 1946, oder nicht? Das andere ist vom 18. oder nicht ? Herr Dr.Nelte, Sie koennen denselben waehrend der Mittagspause Nummern geben. Es ist jetzt fast 13.oo Uhr und wir wollen uns jetzt vertagen. Koennen Sie uns dann die Nummern geben ? Beendigt das nun Ihr Verhoer?

DR.NELTE: Ich beginne jetzt die Einzelfaelle, die ich aber im Laufe des Nachmittags zu Ende fuehren hoffe. Herr Praesident, ich muss leider ueber das Kriegsgefangenenwesen und ueber einzelne Dinge sprechen. Ich glaube, ich brauche diesen Nachmittag noch fuer mich. Ich glaube, dass ich mich da, wenn ich die Interessen des Angeklagten Keitel beruecksichtige, sehr beschraenkt habe.

VORSITZENDER: Wollen Sie ihm jetzt Ihre Fragen vorlegen, oder nicht ?

DR.NELTE: Ich denke, ich weiss nicht, wie der Herr Praesident darueber denkt, es ist praktisch, wenn wir jetzt eine Pause machen, damit ich in der Zwischenzeit die Affidavits ordnen kann. Ich bin noch nicht mit diesem Komplex zu Ende.

VORSITZENDER: Wir vertagen uns nunmehr.

(Woraufhin sich das Gericht um 13.00 Uhr bis auf 14.00 Uhr des gleichen Tages vertragt.)

H0319-0035

Internationaler Militaergerichtshof
Nuernberg, Deutschland, 4. April 1946
Sitzung 14.00 bis 16.30 Uhr.

DR. NELTE: Das bereits heute morgen erwaehnte Dokument Nr. 3 des Dokumentenbuch Nr. 2, welches lautet:

"Die Befehlsverhaeltnisse im Osten",

erhaelt die Nr. 10 der Dokumente Keiteil's.

VORSITZENDER: Es ist datiert vom 14. Maerz 1946?

DR. NELTE: Ja, 14. Maerz 1946.

VORSITZENDER: Das Dokument, das ich habe ist datiert vom 23. Maerz 1946 und traegt am Ende den 14. Maerz 1946. Ist das, das Dokument?

DR. NELTE: Das Dokument ist zuerst niedergeschrieben und spaeter beschworen worden. Es ist daher in den beiden Daten ein Unterschied.

VORSITZENDER: Ich moechte nur feststellen welches Dokument es ist.

DR. NELTE: Es ist das Dokument vom 14. Maerz 1946.

VORSITZENDER: Ja.

DR. NELTE: Die eidesstattliche Versicherung stammt vom 14. Maerz.

VORSITZENDER: Und welche Nummer geben Sie diesem Dokument?

DR. NELTE: Ich gebe diesem Dokument die Nr. K 10.

VORSITZENDER: K 10, ja. Sehr wohl.

DR. NELTE: Das zweite Dokument welches im Dokumentenbuch angefuehrt ist an 5. Stelle, traegt am oberen Kopf das Datum vom 18. Maerz 1946 und hat am Ende die eidesstattliche Versicherung des Angeklagten vom 29. Maerz 1946. Dieses Dokument erhält die Nr. K 12.

Gestatten Sie Herr Vorsitzender, dass ich aus diesem letzten Dokument zusammenfassend einige Punkte auf Seite 11 und 12 der deutschen Ausgabe, verlese. Es ist eine, wie mir scheint, sehr wichtige Feststellung fuer diesen Prozess.

VORSITZENDER: Auf welches Dokument beziehen Sie sich?

DR. NELTE: Auf das Dokument Nr. 12.

VORSITZENDER: Ja.

DR. NELTE: Die Fragestellung in diesem Dokument -----

VORSITZENDER: Einen Moment, bitte, ich glaube die Uebersetzung hat das Dokument noch nicht gefunden. Einen Augenblick bitte.

Ungefaehr in der Haelfte des Buches, die Seiten sind leider nicht numeriert. Die Stelle 51 erscheint vielleicht etwas weiter als in der Haelfte des Buches?

H0319-0036

4. April-A-EV-2

DR. NELTE: Ich beginne da, wo es heisst:

"Zusammenfassend ist festzustellen."

Das sind die letzten 3 Seiten dieses Dokumentes.

1.) ---

VORSITZENDER: Ja.

DR. NELTE: Neben der Wehrmacht als den rechtsmaessigen Schutz nach innen und aussen wie es in jedem Staate ist, war in den SS-Organisationen, ein eigener voelkischer unabhaengiger Machtfaktor entstanden und legalisiert worden, der politisch, biologisch, polizeilich und verwaltungsrechtlich die Staatsgewalt tatsaechlich an sich gezogen hatte.

2.) Schon mit Beginn kriegerischer Verwicklungen und Auseinandersetzungen wurde die SS zum eigentlichen Vorkaempfer und Bannertraeger einer Eroberungs- und Machtpolitik.

3.) Nach Eintritt der militaerischen Aktionen hat der Reichsfuehrer SS in jeweils geeignet erscheinender, zunaechst versteckter, wenigstens aeusserlich wenig sichtbarer Form, auf dem Plan, um die angeschlossenen und besetzten Gebiete vor politischen Gegnern zu schuetzen, in Wirklichkeit seine Macht aufgerichtet.

4) Von der Besetzung der Sudetengebiete an, beginnend mit der Organisierung von politischen Unruhen, das heisst sogenannten Befreiungsaktionen und Zwischenfaellen, fuehrt der gerade Weg ueber Polen und die Westgebiete in steiler Kurve in den russischen Raum.

5) Mit den Richtlinien zu "Barbarossa" fuer Verwaltung und Ausnutzung der eroberten Ostgebiete, ist die Wehrmacht, wenn auch gegen ihre Absichten, ohne Kenntnis der Voraussetzungen in die Folgeerscheinungen und Handl[illegible] steigendem Masse mit hineingezogen worden.

6) Ich, -Keitel- und meine Mitarbeiter hatten keine [illegible] in die Auswirkungen der Vollmachten Himmler's und keine Vor[illegible]en Auswirkungen dieser Vollmachten.

Das gleiche nehme ich auch ohne weiteres f[illegible]

befehl, die Vereinbarungen mit Himmler's Or[illegible]

nachgeordneten Befehlshaber des Heeres geg[illegible]

7) Nicht der Oberbefehlshaber des Heeres [illegible]

tragene vollziehende Gewalt und die Mac[illegible]

H0319 - 0037

den besetzten Gebieten, sondern Himmler oder Heydrich entschieden eigenmaechtig ueber Leben und Tod der Bevoelkerung und der Gefangenen, einschliesslich der Kriegsgefangenen, in deren Lagern sie die Exekutive wahrnahmen.

8) Die traditionelle Erziehung und Pflichtauffassung des deutschen Offiziers zum bedingungslosen Gehorsam und die Verantwortlichkeit der Vorgesetzten, haben zu einer rueckschauend bedauerlichen Haltung gefuehrt, die trotz Erkenntnis der Gesetzlosigkeit und inneren Ablehnung, doch vor der Auflehnung gegen diese Befehle und Methoden zurueckschreckte.

9) Der Fuehrer, Hitler, hat seine Autoritaet und seinen grundsaetzlichen Befehl Nr. 1 in unverantwortlicher Weise uns gegenueber missbraucht. Dieser Befehl Nr. 1 lautete ungefaehr:

1) Niemand soll Kenntnis haben von geheimen Dingen, die nicht in seinen eigenen Aufgabenbereich gehoeren.

2) Niemand soll mehr erfahren, als er zur Erfuellung der ihm gestellten Aufgaben wissen muss.

3) Niemand soll frueher Kenntnis erhalten, als es fuer die ihm zufallenden Obliegenheiten notwendig ist.

4) Niemand darf mehr oder frueher geheim zu haltende Auftraege an nachgeordnete Stellen weitergeben, als dies zur Erreichung des Zweckes unvermeidlich ist.

10) Waere der gesamte Komplex der aus der Ermaechtigung Himmler's im Osten sich entwickelte, vorher bekannt gewesen, so haette in diesem Falle erstmalig die fuehrende Generalitaet dagegen eindeutig Protest erhoben, das ist meine Ueberzeugung.

Indem sich diese Ungeheuerlichkeiten, die eine aus der anderen schrittweise und ohne vorherige Kenntnis der Folgen entwickelten, nahm das Verhaengnis seinen tragischen Verlauf mit seinen verhaengnisvollen Folgen.

Angeklagter Keitel, haben Sie diese Erklaerung, so wie ich sie zusammenfassend, abschliessend verlesen habe, selbst geschrieben, das heisst diktiert?

Kennen Sie genau den Inhalt und haben Sie ihn eidesstattlich versichert?

A: Ja.

DR. NELTE: Ich werde das Dokument im Original ueberreichen.

F: Wir waren zuletzt bei dem Dokument C 50, welches die Aufhebung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet "Barbarossa" betrifft. Ich weiss nicht, ob Sie hierzu, nachdem, was inzwischen verlesen worden ist, noch Stellung nehmen wollen oder, ob

H0319 - 0038

das dadurch ueberholt ist?

A: Ich moechte nur noch dazu sagen, dass diese Dokumente C-50, 884 PS, ab Blatt 4 der Niederschlag der Direktiven ist, die am 14. Juni in jener Generalstabsbesprechung gegeben wurden und das im Sinne des militaerischen Ordnungsdienstes in diese schriftlichen Befehle umgesetzt worden ist, die dann an die nachgeordneten Stellen des Heeres ausgegeben wurden.

DER VORSITZENDE: Haben Sie das Datum richtig gegeben, Sie haben den 15. Juni eben erwaehnt?

DER ZEUGE: 14. Juni war die Besprechung, 14.6.

DR. NELTE: (das Verhoer fortsetzend):

F: Ich habe noch einige kurze Fragen bezueglich des Krieges gegen Amerika:

Die Anklage behauptet, dass Japan von deutscher Seite zum Krieg gegen Amerika beeinflusst worden sei und hat auch im Verlauf der Anklagevortraege Sie der Mitarbeit und Mitbeteiligung hieran beschuldigt.

Koennen Sie mir dazu etwas sagen?

A: Das Dokument C-75 ist eine Weisung vom OKW, die die Zusammenarbeit mit Japan enthaelt. Selbstverstaendlich bin ich an dieser Weisung beteiligt worden und habe sie auch im Auftrage unterschrieben. Das andere Dokument, Nr. 1881 PS, Unterredung Fuehrer-Matsuoka, kenne ich nicht. Ich habe davon nichts gewusst. Ich kann nur folgendes fuer uns Soldaten sagen:

Zwei Gesichtspunkte sind im Laufe der ganzen Zeit bis zum Eintritt Japans in den Krieg gegen Amerika fuer uns die Richtlinien gewesen

H0319 – 0039

oder die Prinzipien, die Hitler uns gegenueber betonte:
Das eine war unter allen Umstaenden verhindert, dass Amerika in den Krieg eintritt; dementsprechend auch versagen militaerische Operationen in den Gewaessern, wo Amerikaner waren, soweit es die Kriegsmarine betraf und der zweite Gedanke, der uns Soldaten begleitete, war die Hoffnung, dass Japan in den Krieg gegen Russland eintreten wuerde und ich erinnere mich, dass in der Zeit des November, Anfang Dezember 1941, als das Vorgehen der deutschen Armeen westlich Moskau zum Stehen kam, mir bei Frontbesuchen, wo ich Hitler begleitete, mehrfach die Frage der Generale gestellt wurde: "Wann tritt Japan in den Krieg ein". Begruendet wurde das von der Generalitaet damit, dass fortlaufend nacheinander ueber Moskau Fernost-Divisionen in den Kampf geworfen wurden, also frische Kraefte aus dem Fernen Osten auftraten. Ich will mich nicht festlegen, es handelt sich etwa um 18 bis 2o Divisionen.
Den Besuch von Matsuoka habe ich in Berlin erlebt, habe ihn auch bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung gesehen aber eine Unterhaltung mit ihm nicht gehabt und alle die Kombinationen, die sich an die Weisung 24, C 75 knuepften, wie ich aus der Voruntersuchung entnommen habe bei meinem Verhoer, ist uns Soldaten, ohne jede Unterlage und ohne jede Berechtigung, zu glauben, dass damals Gedanken geherrscht hatten, einen Krieg zwischen Japan und Amerika zu beguenstigen, oder in diesem Sinne etwas zu unternehmen.
Abschliessend darf ich nur sagen, dass dieser Befehl notwendig war, insofern, als die Wehrmachtsteile sich damals dagegen wehrten, den Japanern gewisse Dinge, Entwicklungsdinge geheimer Art, zu geben, falls sie nicht in Kriege koennen.

F: Es war noch ein Brief von der Anklagebehoerde vorgelegt worden und zwar von Major von Falkenstein an den Luftwaffenfuehrungsstab. Reichsmarschall Goering hat bei seiner Vernehmung davon gesprochen.
Ich wollte Sie nur fragen, kannten Sie diesen Brief oder haben Sie irgendetwas zu den Aeusserungen des Reichsmarschalls Goering hinzuzufuegen ?

A: Ich kann nicht hinzufuegen, denn ich habe diesen Brief von Falkenstein erst hier gesehen und zwar erst hier im Verhoer,

F: Wir kommen nun zu den einzelnen Tatbestaenden, die Ihnen von der Anklagebehoerde, bezw. dem OKW zur Last gelegt wurden. Bei der Unmasse der diesbezueglichen Anklagepunkte kann ich naturgemaess nur einzelne, und zwar die schwerwiegendsten Gruppen herausnahmen, um klarzustellen, ob und in welcher Weise Sie da-

H0319 - 0040

ran beteiligt waren, ob und in welcher Weise Sie zu den Auswirkungen, die eingetreten sind, sich verhalten haben. In den meisten Faellen handelt es sich um Befehle Adolf Hitler's; aber Sie haben ja in Ihrer Erklaerung aus den tatsaechlichen Gegebenheiten gewisse Beteiligung, Wissenschaft, Ausfuehrung auf sich genommen, sodass wir ueber diese Punkte sprechen muessen.

Einer der schwerwiegendsten dieser Punkte ist die Geisel-Frage. Ich lasse Ihnen zu diesem Komplex das Dokument C-128 zugehen. Es handelt sich hier um Anweisungen fuer Operationen im Westen. Vorweg moechte ich Sie aber folgendes fragen: Welches ist die Grundlage fuer die Geiselnahme, wie sie von der deutschen Wehrmacht in der Praxis gehandhabt werden sollte ?

A: Es ist die Druckvorschrift "Gehiem G-2, "H.Dv. G-2, genannt und nennt sich hier nach dem Befehl " Dienstanweisung fuer die Einheiten des Kriegsheeres."

DR.NELTE: Herr Praesident, ich bitte Sie, im Dokumentenbuch 1 unter Nr.7, also auf Seite 65 meines Dokumenbuches, festzustellen, dass es sich hier um eine Abschrift aus der genannten Druckvorschrift handelt und zwar ist es der Abschnitt 9, der die Geisel-Frage behandelt. Es ist dies das Dokument K-7 und hat folgenden Wortlaut:

Geiseln duerfen nur auf Befehl eines Regiments-, selbststaendigen Bataillons-Kommandeur, oder eines gleichgestellten Kommandeurs festgenommen werden. Bei Unterbringung und Verpflegung ist trotz strengster Bewachung zu beachten, dass es sich nicht um Strafgefangene handelt. Im weiteren entscheiden nur Vorgesetzte, mindestens in der Stellung eines Divisions-Kommandeurs, ueber das Los von Geiseln." Es ist also, wenn Sie wollen, das Geisel-Gesetz der deutschen Wehrmacht gewesen.

A: Ich darf hierzu noch sagen, dass in dem Dokument C-128, das ist der vorbereitende Operationsbefehl des Heeres fuer den Kampf im Westen, dies besonders aufgefuehrt ist unter dem Abschnitt 3a "Massnahmen zur Sicherung gegenueber der Bevoelkerung, A) Geiseln."

VORSITZENDER: Herr Dr. Nelte, wollen Sie dieses als Beweisstueck vorlegen, als K-7 ?

DR. NELTE: Als K-7 bitte ich diese Heeres-Druckvorschrift als Beweisstueck anehmen zu wollen.

VORSITZENDER: Wuerden Sie bitte jedesmal sagen, als was Sie es vorlegen, sonst koennten Irrtuemer entstehen, K-7 ?

DR.NELTE: K-7.

H0319 – 0041

F: Dokument C-128 war also die Bestimmung des Oberkommandos des Heeres beim Einmarsch in Frankreich ?

A: Jaeohl.

F: Nun habe ich hier noch ein Dokument, 1585-PS, das eine Stellungnahme des OKW enthaelt. Es ist ein Brief an den Herrn Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, und in diesem Brief sind, so nehme ich an, die Ueberzeugungen der Dienststelle, der Sie vorgestanden haben, enthalten ?

A: Jawohl.

F: Was sagen Sie heute zu diesem Schreiben ?

A: Ich kann nur sagen, dass das genau derselbe Standpunkt ist von damals, der auch heute fuer mich nocht gilt; denn es steht auch unter Hinweisung auf die genannte Vorschrift ein besonderer Absatz darin, der mit den Worten beginnt: "Zur Sicherung gegen jeden Missbrauch usw.", und es wird dann hingewiesen auf die Vorschrift.

F: Auf die Vorschrift GB-2, und ferner, dass die Entscheidung ueber das Los von Geiseln --

A: Es steht darin, wonach die Entscheidung ueber das Los von Geiseln Vorgesetzter, mindestens in der Stellung eines Divisions-Kommandeurs, vorbehalten bleibt.

F: Ist es richtig, wenn ich sage, dass dieses Schreiben von dem OKW, Abteilung Rechtswesen, ausgefertigt wurde und nach Pruefung der voelkerrechtlichen Lage und voelkerrechtlichen Bedenken ergangen ist ?

A: Jawohl. Das geht auch aus dem Schreiben an sich hervor, dass es eine Pruefung von diesem Gesichtspunkte aus gewesen ist.

F: Haben Sie in der Geiselfrage, als OKW, irgendwelche generellen Anordnungen erlassen, ausser dem, was wir bisher gehabt haben ?

A: Nein, ausser der Mitwirkung beim Entwurf bei der das OKW beteiligt war, sind grundlegende Befehle und Richtlinien in dieser Frage ueberhaupt nicht mehr ergangen.

F: Haben Sie in der Geiselfrage trotzdem in Einzelfaellen zu tun gehabt ? Nach dem Vortrag der Anklagebehoerde sollen Sie, bezw. OKW bei Rueckfragen, Stuelpnagel-Falkenhausen sich irgendwie geaeussert oder Stellung genommen haben. Ich ueberreiche Ihnen das Dokument PS-1594.

A: Dieses Dokument 1594-PS ist ein Schreiben von dem Militaerbefehlshaber Belgiens, von Falkenhausen, und ist gerichtet an das OKH, Generalstab, General-Quartiermeister, und ferner an den Oberbefehlshaber West, also Oberstgruppen-Befehlshaber im Westen, und nachrichtlich Niederlande und Luftgau Belgien.

H0319-0042

ieses Schreiben kenne ich nicht und kann ich auch nicht kennen, denn es ist an as Heer gerichtet, und die Vermutung, die hier ausgesprochen wurde seitens des ranzoesischen Anklagevertreters, ich haetten einen Brief von Falkenhausen bekommen, rifft nicht zu. Diesen Brief kenne ich nicht und er ist auch nicht an meine Anchrift gesandt worden. Der Brief-und Dienstverkehr zwischen den Militaerbefehlshaern in Frankreich und Belgien fand nur statt zwischen dem OKH und diesen beiden hm unterstellten Militaerbefehlshabern. Dem OKW, oder mir, waren diese Befehlsaber ueberhaupt nicht unterstellt.

F: Die franzoesische Anklagebehoerde hat nun das Dokument UK-25 vorgelegt und at behauptet, dass dieses Dokument die Grundlage fuer die Geisel-Gesetzgebung in rankreich gewesen sei, dass also ein ursaechlicher Zusammenhang zwischen dem von hnen gezeichneten Befehl vom 16. September 1941 und der Behandlung der Geiseln in rankreich bestehe.

ch lasse Ihnen diese Urkunde, ausser UK-25, PS-1588 und PS-1587 uebergeben und itte um Ihre Aeusserung.

(Dem Zeugen wird ein Dokument gegeben.)

A: Ich muss wohl noch die Frage beantworten, ob ich mit den Militaerbefehlshaern irgendwie in Einzelfragen eine Eroerterung gehabt habe in Geisel-Angelegenheien. Ich glaube eine solche Frage stellten Sie.

F: Bezueglich Stuelpnagel und Falkenhausen ?

A: Ja, bezueglich Stuelpnagel und Falkenhausen. Es ist moeglich und mir auch n einem Fall erinnerlich, dass Stuelpnagel mich in einem solchen Fall von Paris us angerufen hat, weil er einen Befehl vom Heer aus gehabt hatte, eine bestimmte nzahl von Geiseln, fuer einen Mordanschlag auf deutsche Angehoerige, erschiessen u lassen. Er wollte sich von mir noch eine bessere Orientierung in diesen Dingen einholen. Das hat sich ereignet, ist auch, glaube ich, durch ein Fernschreiben, das ir auch hier vorgelegt wurde, bestaetigt, und dass ich damals mit Stuelpnagel ein usammentreffen in Berlin hatte. Im uebrigen war der Verkehr zwischen mir und den efehlshabern voellig auf ganz ausgefallene Dinge beschraenkt, wo sie glaubten, mit einer Hilfe eine gewisse Unterstuetzung zu haben, in Dingen, die ihnen sehr unangenehm waren; ich darf hinweisen, in Arbeiterfragen, Arbeitseinsatz, also Arbeier, die von Belgien, Frankreich nach Deutschland sollten, oder auch in einem Fall, o Konflikte der Militaerbefehlshaber entstanden, in solchen Faellen bin ich dann ohl direkt angerufen worden, um zu vermitteln.

Ich darf hier die Dokumente erst ansehen.

H0319 - 0043

F: Sie muessen beginnen mit 16. September 1941, UK-25.

A: Ja.

VORSITZENDER: Herr Dr. Nelte, es ist unmoeglich, dass das Gericht alle diese Dokumente im Kopfe hat. Wir haben sie nicht vor uns und wir wissen nicht, mit welchem Dokument Sie sich befassen, wir koennen sie nicht verstehen.

DR.NELTE : Herr Praesident, aus diesen Gruenden habe ich vor Beginn der Vernehmung mir erlaubt, dem Gerichtshof eine Liste von Dokumenten zu ueberreichen.

H0319 - 0044

Wenn dies nicht geschehen ist, bedauere ich das sehr. Ich konnte nur nicht die Dokumente selbst ueberreichen. Sie finden auf dieser Liste immer eine Nummernangabe links.

Vorsitzender: Das sehe ich, aber alles, was ich hier sehe, ist PS-1587, das OKW, und das sagt es ist ein Bericht an OKW, aber das sagt nicht genau was es ist.

Das naechste ist PS-1594, ein Brief an OKH, und das sagt uns auch nicht viel, wovon es handelt, ausser, dass es mit Geisseln zu tun hat.

Dr.Nelte: Es hat mit der Frage zu tun, die soeben der Angeklagte Keitel beantworten wird; aber haben Sie nicht auch die No.C-128 ?

Vorsitzender: Ja, die habe ich, die Anweisung fuer Operationen im Westen.

Dr.Nelte: Und UK-25 auch ?

Vorsitzender: Ja.

Dr.Nelte: Und PS-1588 ?

Vorsitzender: Wir haben sie alle. Ich moechte Ihnen nur sagen, dass die Beschreibung unzureichend ist und uns nicht sagt, was sie bedeutet und was sie will. Vielleicht koennen Sie uns mit einigen Worten sagen, wenn Sie sich mit diesen Dokumenten befassen,worueber sie handeln ?

Dr.Nelte: Das Dokument UK-25, worueber der Angeklagte Keitel jetzt Auskunft geben will, ist ein von ihm unterzeichneter Befehl vom 16. September 1941 betreffend "Kommunistische Aufstandsbewegung in den besetzten Gebieten." Es enthaelt u.a. den Satz "Der Fuehrer hat nunmehr angeordnet, dass ueberall mit den schaerfsten Mitteln einzugreifen ist, um die Bewegung in kuerzester Zeit niederzuschlagen."

Die franzoesische Anklagebehoerde hat erklaert, dass auf Grund dieses Befehls in Frankreich eine Geisel-Gestzgebung veroeffentlicht worden ist, die in Dokument 1588-PS enthalten ist. Sie finden, wenn Sie das Dokument 1588-PS haben, auf der 3. Seite ein richtiges Gesetzbuch ueber Geiselnahme und Geiselbehandlu

F: Der Angeklagte soll erklaeren, ob ein solcher ursaechlicher Zusammenhang besteht und wieweit das OKW und er ueberhaupt mit diesen Fragen zustaendigkeits gemaess zu tun hatte.

A: Das Dokument UK-25 ist also dieser Fuehrerbefehl vom 16. September 1941 und behandelt, wie eben ausgefuehrt, kommuniste Aufstandsbewegungen in den besetzte

H0319 - 0045

Gebieten, und die Tatsache, dass es sich hier um einen Fuehrerbefehl handelt, ist bereits verlesen. Ich muss klarstellen, dass dieser Befehl ausgesprochen auch seinem Inhalt nach fuer den Ostraum, insbesondere damals auf den Balkan Bezug hatte, was ich glaube, dadurch beweisen zu koennen, dass diesem Schreiben ein Verteiler, also ein Adressen-Verzeichnis beigegeben ist, das damit beginnt:"Wehrmacht-Befehlshaber Sued-Ost fuer Serbien, suedlich Griechenland und Kreta", und allerdings auch anderen Wehrmachtbefehlshabern zugeleitet wurde; und ebenso dem OKH mit der Moeglichkeit, es weiterzugeben an ihm nachgeordnete Stellen. Ich glaube, dass das Dokument wegen Zeitersparnis wohl nicht verlesen werden braucht. Verschiedene Hinweise dafuer enthalten die Vermutung der franzoesischen Anklagebehoerde, dieses sei die Grundlage des Geisel-Gesetzes. Dokument 1588-PS ist irrtuemlich und ein ursaechlicher Zusammenhang besteht nicht. Das Datum dieser Geisel-Gesetzgebung ist zwar auch vom September, die Zahl ist schwer zu identifizieren, aber dem Inhalt nach gehoeren diese beiden Dinge, nach meinem Dafuerhalten, nicht zusammen; und ausserdem ist ja auch den beiden Militaerbefehlshabern in Frankreich und Belgien dieser Befehl niemals vom OKW, sondern ueber das OKH eventuell zugegangen, was ich nicht nachpruefen kann, weil ich das nicht weiss.

Zu diesem Befehl vom 16. September 1941 moechte ich noch sagen, dass sein erhebliche Schaerfe auf die persoenlichen Einfluesse des Fuehrers zurueckzufuehren sind, und dass die Tatsache, dass es den Ostraum betrifft, aus dem Inhalt und aus der Einleitung schon hervorgeht und nicht mehr begruendet zu werden braucht. Richtig ist, dass dieser Erlass vom 16. September 1941 meine Unterschrift traegt.

F: Wir kommen zum zweiten einzelnen Tatbestand: Nacht un Nebel. Die Anklagebehoerde erhebt gegen Sie Anklage wegen des von Adolf Hitler verfuegten sogenannten "Nacht und Nebel"-Erlasses vom 12. Dezember 1941 - Dokument L-90-...

A: Darf ich noch etwas nachholen zu dem eben Vorgetragenen ?

F: Bitte, wenn es notwendig erscheint.

Vorsitzender: Wir haben das Datum nicht verstanden. 12. Dezember 1941; ist das richtig?

Dr. Nelte: Ja, das ist richtig. In dem Anschreiben vom 2. Februar 1942 heisst es: "In der Anlage wird uebersandt ein Erlass des Fuehrers vom 7. Dezember 1941

H0319-0046

Vorsitzender: Ich bitte Sie um Entschuldigung.

Dr.Nelte:

F: Sie wollten noch irgend etwas sagen; wenn es wichtig ist, bitte . - Haben Sie das Dokument L-90?

A: L-90, ja.

F.: Was war der Anlass zu diesem in seinen Folgen so furchtbaren Erlass ?

A: Ich muss erklaeren, dass es mir voellig klar ist, dass die Verbindung meines Namens auch mit diesem sogenannten "Nacht und Nebel" - Erlass fuer mich eine schwere Belastung darstellt, wenn auch aus den Dokumenten hervorgeht, dass es ein Fuehrerbefehl ist. Ich moechte deswegen doch dazu die Gelegenheit haben, zu sagen, wie er entstanden ist. Es mehrten sich seit Beginn des Ostfeldzuges und vollens dann im Spaetherbst 1941 und im Winter bis zum Fruehlung 1942 ausserordentlich stark die Aufstandsbewegungen, Sabotage-Akte und alles was damit zusammenhaengt, in allen besetzten Gebieten; militaerisch empfunden als Bindung und Fesselung der Sicherungstruppen, die dort durch die Beunruhigung festgehalten werden sollten. So habe ich es damals militaerisch gesehen und es kam nun durch die taeglichen Lagevortraege laufend in einer besonderen Vortragsfolge zur Darstellung, was sich ueberall in den einzelnen Besatzungs-Gebieten ereignete, und es war nicht moeglich, das summarisch zu behandeln, sondern Hitler verlange jeden einzelnen Fall vorgetragen zu haben und war sehr unzufrieden, wenn solche Faelle ihm von der militaerischen Dienststelle beim Vortrag verschwiegen wurden. Er erfuhr sie doch.

In diesem Zusammenhang hat er mir gesagt, es sei ihm sehr unsympathisch und fuer die Befriedung sehr unguenstig, dass sich dadurch in den besetzten Gebieten die kriegsgerichtlichen Todesurteile gegen Saboteure und Hilfeleistungen mehrten und dass er wuensche, dass das nicht geschehe, da es von seinem Standpunkt aus gesehen die Befriedung des Landes und die Beziehungen zur Bevoelkerung nur belastete. Und er sagte dann damals, es koenne nur dadurch geschehen, dass das eingeschraenkt wuerde und dass statt Todesurteile, um es kurz zu machen, die Betreffenden, wenn nicht in kuerzester Frist, wie es hier in dem Erlass auch heisst, ein klares Todesurteil zu erwarten und zu vollstrecken sei, statt langwieriger kriegsrichtlicher Verhandlungen unter grossem Zeugenaufgebot die betreffenden Verdaechtigungen bezw. Be-

schuldigten - darf man das Wort sagen - ohne Kenntnis der Angehoerigen und aller nach Deutschland abgefuehrt wuerden und in Deutschland interniert bezw. in Gewahrsam genommen wuerden.

Ich habe dagegen groesste Bedenken geaeussert und weiss genau das Gegenteil von dem, was offensichtlich bezweckt wurde. Ich habe dann ein ehende Beratungen mit dem Rechtsberater der Wehrmacht gehabt, der gleiche Bedenken hatte, da man hier den ordnungsmaessigen Gerichtsweg ausschaltete, und ich habe erneut versucht, es zu verhindern oder abzubiegen. Es wurde mir das nicht anerkannt, es wurde mir gedroht, es wuerde der Justizminister beauftragt werden einen entsprechenden Erlass zu machen, wenn die Wehrmacht das nicht koennte. Nun darf ich auf die Einzelheiten nur insoweit hinweisen, als ja in diesem Erlass - L-90 die Moeglichkeiten eingebaut wurden, die eine Willkuer der Handhabung verhindern sollten, und das war in erster Linie folgendes:
Es wurde in diesem Erlass, in den Richtlinien, ausdruecklich angeordnet, dass eine solche Deportation oder Entfuehrung in das Reichsgebiet nur erfolgen duerfe nach vorhergehendem kriegsgerichtlichen Ermittlungsverfahren und dass in jedem Falle der Gerichtsherr, also der Divisionskommandeur, gemeinsam mit seinem Rechtsberater diese Sache verfuegen muesste auf Grund eines vorhergehenden Ermittlungsverfahrens auf die richtige Art.

Ich muss klar sagen, dass ich glaubte, dass damit jeder Willkuer und jeder uebermaessigen Anwendung dieser Richtlinien vorgebeugt sei und dem dienten auch die hier erwaehnten Worte, es ist "der lange erwogene Wille des Fuehrers", wo man mir vielleicht zubilligt, dass das nicht ohne Grund gesagt worden war und nicht ohne die Hoffnung, dass auch die empfangenden Militaerbefehlshaber daraus erkennen sollten, dass dieses eine Methode war, die wir nicht billigten und nicht fuer richtig hielten.

Schliesslich haben wir in den Erlass noch hineingebracht ein Nachpruefungsverfahren, sodass also auch von den hoeheren Berufungsstellen kriegsgerichtliche Verfahren - das war der Militaerbefehlshaber in Frankreich und das Oberkommando des Heeres bzw. der Oberbefehlshaber des Heeres - immer noch die Moeglichkeit der gerichtlichen Behandlung des Falles besassen, im Nachpruefungsverfahren, wenn die Entscheidungen zum mindestens als auch im Sinne des Erlasses anfechtbar erschienen; und die ganze ungeheuerliche Tragik, die mir erst hier bekanntgeworden ist, ist die, dass dieser Erlass, der nur fuer die

H0319-0047

H0319 - 0048

Wehrmacht bestimmt war und der lediglich entschieden werden konnte, ob ein solches Verschwindenlassen bei Nacht und Nebel von einem Taeter, der mit Zuchthausstrafe zu rechnen hatte, dass dieses Verfahren offensichtlich und nach den Zeugenaussagen, die ich hier gehoert habe und nach der Anklage, die ich hier auch gehoert habe, eine Verallgemeinerung gefunden hat, offenbar durch die Organe der Polizei, sodass der ungeheuerliche Zustand hier unter Beweis gestellt werden konnte, der sich im Lager von sogenannten Nacht- und Nebel- Importierten ergeben hat.

Das hat die Wehrmacht, wenigstens ich, und die an diesem Befehl beteiligten Militaerbefehlshaber der besetzten Gebiete nach meinen Dafuerhalten nicht gewusst. Mir ist es jedenfalls nie gemeldet worden, und damit hat dieser Erlass, der an sich zweifellos aeusserst gefaehrlich war und einen gewissen Standpunkt des Rechtes, wie wir ihn kannten, verlassen hat, sich zu einer solchen ungeheuerlichen Angelegenheit auswachsen koennen, wie es hier in der Anklage zur Sprache gekommen ist.

Beabsichtigt war, die nach Deutschland zu Ueberfuehrenden auch deswegen aus ihrem Heimatlande fortzunehmen, weil Hitler die Auffassung hatte, dass eine Zuchthausstrafe im Kriege von den Betroffenen, ja nicht als eine entehrende in dem Sinne, wenn es sich um Handlungen von sogenannten Patrioten handelte, angesehen wuerde, man sie als eine kurze Haft ansehe, die mit Beendigung des Krieges ihr Ende faende.

Diese Erwaegungen sind zum Teil in dem Anschreiben auch aufgefuehrt worden. Wenn Sie noch Fragen haben, bitte ich sie zu stellen.

F: Es ist schon erklaert worden, in dem Durchfuehrungserlass zum "Nacht und Nebel-Erlass" ist die Rede davon, dass die Gestapo die Verbringung nach Deutschland uebernehmen soll. Sie haben gesagt, dass die Leute, die nach Deutschland kamen, dem Justizminister uebergeben werden sollten, also in normalen polizeilichen Gewahrsam kamen.

Sie werden verstehen, dass hier durch die Beziehung auf die Gestapo auch gewisse Bedenken geltend gemacht werden, dass man von vornherein wusste, was mit diesen Menschen geschah. Koennen Sie mir darueber etwas Aufklaerendes sagen ?

H0319 – 0049

A: Ja. Die Anordnung damals, die gegeben war, war die der Ueberstellung an die deutschen Justizbehoerden. Dieses Anschreiben: "Im Auftrage, gezeichnet: Unterschrift", ist , wie ich aus meinem dienstlichen Schriftverkehr sehe, von Amt Auslands-Abwehr herausgegeben worden, sogar acht Wochen spaeter wie der Erlass selbst. Das kennzeichnet die Besprechungen bezw. die Vereinbarungen, die damals wohl getroffen werden mussten ueber die Methoden der Ueberfuehrung aus dem Heimatgebiet in das Reichsgebiet; und die hat damals offenbar dieses Amt gefuehrt und hat dann als die Begleitkommandos Polizeikommandos festgelegt. Das geht daraus hervor.

Ich darf dazu sagen, dass ich es damals - ich habe es immer bezeugt - nicht zu beanstanden schien, weil ich damals nicht der Auffassung sein konnte und sein musste, dass hier an eine Ueberstellung an die Gestapo im Sinne der Liquidierung- will ich es offen nennen - gedacht war, sondern dass es lediglich ein Transportkommando war um es an Deutschland abzuliefern. Ich moechte das besonders betonen, damit darueber kein Zweifel herrscht, dass hier nicht die Absicht bestanden hat, in dieser Form die Leute verschwinden zu lassen, wie es nunmehr nachher in diesem "Nacht und Nebel-Lager" gewesen ist.

H0319 - 0050

F. Wir kommen nun zu dem Komplez Fallschirmspringer, Sabotagetrupps, Kommandounternehmungen. Die franzoesische Anklagebehoerde behandelte ausfuehrlich die Entstehung und Auswirkung der beiden Fuehrererlasse Hitlers vom 18. Oktober 1942 bezueglich der Behandlung von Kommandounternehmungen.

DR. NELTE: (zum Gericht) Liegt dem Gericht dieser Fuehrererlass vor, Herr Praesident? Es ist 498 ----

VORSITZENDER: Nein, wir haben keine Abschrift des Befehles. Sie meinen 553 - PS oder 498?

DR. NELTE: Das zweite ist 553 - PS.

VORSITZENDER: Wir haben das nicht bekommen, weder "Bekaempfung von Fallschirmspringern, Erlass 4842" - - -

DR. NELTE: Ich bitte es nochmals zu wiederholen, Herr Praesident, es ist nicht durchgekommen, was Sie eben gesagt haben.

VORSITZENDER: PS-553, "Behandlung von Fallschirmjaegern" Erlass Nr. 4842, das haben wir, sonst nichts. Sie haben auch 498 - - - -

F. PS 553 ist ein Merkblatt, das von dem Angeklagten Keitel unterzeichnet worden ist.

Die franzoesische Anklagebehoerde hat wohl mir Recht angenommen, dass ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Dokument 553-PS und dem Fuehrererlass vom 18. Oktober 1942 besteht. Der Angeklagte soll uns sagen, welches die Gruende waren, die zu diesem Merkblatt und zu diesem Fuehrererlass fuehrten.

A. Zunaechst Dokument 553-PS, das Merkblatt. Dieses Merkblatt ist im Augus 1942 von mir herausgegeben worden, nachdem in aehnlicher Form, wie ich es vorhe schon beim Nacht- und Nebelerlass schilderte, die Sabotageakte und das Abspringen einzelner Agenten, Abwerfen von Waffen, Munition, Sprengmittel, Funkstation und kleineren Sabotagetrupps einen immer groesseren Umfang annahmen, die aus Flugzeugen nachts meist in menschenleere Raeume geworfen wurden. Es war ueber das ganze Gebiet, das unter deutschem Machtbereich stand, verteilt, ging von Westen bis in die Tschechoslowakei und Polen, und von Osten her bis in den Rau von Berlin. Es wurde natuerlich eine grosse Zahl solcher Persoenlichkeiten dab gefasst, bezw. sichergestellt. Dieses Merkblatt sollte alle Stellen, auch aus halb der Wehrmacht, Polizei, Zivilbehoerden mit einspannen in den Dienst gegen diese Methoden einer nach unseren Begriffen neuartigen, illegalen Kriegsfuehru eines Krieges im Dunkeln hinter der Front; und dieses Merkblatt halte ich auch heute noch nach Durchsicht und Pruefung/ - ich habe es ja schon hier vorgelegt

H0319 - 0051

bekommen, - fier unantastbar, da es ausdruecklich bestimmt, die Angehoerigen der feindlichen Wehrmacht, also Soldaten irgend einer feindlichen Wehrmacht, wenn sie von Polizeiorganen ergirffen wuerden, der naechsten Wehrmachtsdeinststelle nach ihrer Identifizierung zu uebergeben waren. Ich weiss, dass an dieser Taetigkeit zur Ergreifung und der Sicherstellung im franzoesischen Raum die franzoesische Polizei ihren vollen Anteil hatte. Sie hat dabei mitgewirkt, diese Sabotageakte zu verhindern, die vielleicht dadurch erkenntlich werden, welchen Umfang sie hatten, dass wir an einzelnen Tagen auf diesem Wege bis zu und ueber hundert Sprengungen von Eisenbahnlinien hatten, die auf diesem Wege vorgenommen waren. Das steht in dem Merkblatt.

Nun die Fuehrererlasse vom 18. Oktober 1942, die ja schon sehr oft erwaehnt worden sind, und die ich als eine Fortentwicklung dieser Anordnungen des Merkblattes insofern bezeichnen moechte, als diese Methoden, diese Methoden einer illegalen Kriegsfuehrung immer mehr sich steigerten, und dass aus einzelnen Springern tatsaechlich kleine Kommandos wurden, die aus groesseren Maschinen abgesetzt wurden, oder auf dem Fallschirmwege landeten, und die systematisch angesetzt wurden, nicht mehr allgemein, um irgendwo Unruhe oder Zerstoerungen hervorzurufen, sondern ganz praezise lebenswichtige Punkte der Kriegsfuehrung zum Ziele hatten, wie das in Norwegen war, der einzige Fall der mir bekannt ist das einzige Aluminiumwerk zu zerstoeren. In dieser Zeit, wohl mag das eigenarti klingen, war taeglich einhalb bis dreiviertel der Lagebesprechungen gewidmet, wie man diese Saboteure behandeln soll. Diese Vorfaelle in allen Gebieten fuehrten dazu, dass der Fuehrer damals andere Methoden forderte, schaefstes Vorgehen dagegen, wie er sich ausdrueckte, das sei Terror, und den koennte man nur mit Gegenmassnahmen bekaempfen und zwar mit scharfen. Und ich erinnere mich, dass auf die Einwuerfe von uns Soldaten die Worte gefallen sind: "Solange lediglich der Fallschirmabspringer oder Sabotagetrupp nur die Gefahr laeuft, in Kriegsgefangenschaft ueberfuehrt zu werden, hat er kein Risiko, unter annehmbaren Verhaeltnissen riskiert er nichts; dagegen muss etwas geschehen. Das waren die ursaechlichsten Gedanken. Ich bin dann mehrfach ersucht worden, mich dazu auch zu aeussern oder darueber auch etwas vorzulegen. Der General Jodl wird sich auch entsinnen, und wir wussten nicht, was wir machen sollen, von unserem Standpunkt aus als Soldaten. Wir konnten einen Vorschlag nicht machen. Wenn ich das kurzsagend zusammenfasse, so haben wir fast taeglich die Temperamentausbrueche Hitlers ueber diese Sache gehoert, aber wir haben nichts gemacht, weil wir nic

H0319 – 0052

wussten, wie wir es machen sollten. Waehrend er erklaerte, das sei gegen die Haager Landkriegsordnung, das sei illegal, das sei eine Methode, die auch in dieser Haager Landkriegsordnung garnicht vorgesehen sei. Er sagte, dass es ein neuer Krieg sei, der neue Methoden erfordert, mit dem wir hier zu tun haetten. Und um es kurz zum Ende zu bringen, ist es dann so gewesen, wie auch von mir in der Voruntersuchung erklaert wurde, dass diese Befehle,dass Befehle selbst und die Anordnung mit der ja bekannten Anweisung, jeden bestrafen zu wollen, de diesen Befehl nicht ausfuehrt, ist dann von Hitler direkt in sachlicher Form mit Unterschrift ausgefuehrt worden, und dann, glaube ich, durch den Chef des Fuehrungsstabes Jodl dann erteilt worden. Ich darf vielleicht noch hinzufuegen, dass mehrfach die Kommandeure, die diese Befehle bekamen, Rueckfragen gestellt haben wegen der Form und der Art der Anwendung, im Hinblick auch auf diese Strafandrohung, dass aber uns ja nichts uebrig blieb, als zu sagen, "Sie kennen ja, was in den Erlassen drin steht, denn abaendern konnten wir diese unterschriebenen Befehle nicht."

F. Die Anklage hat nun Sie persoenlich beschuldigt, den Befehl zur Toetung der bei den Kommandounternehmungen, Sabotagetruppen bei Stavangar ergriffenen Soldaten gegeben zu haben. Hierzu gebe ich Ihnen die Dokumente 498-PS, 508-PS u 527-PS.

(Die Dokumente werden Keitel ausgehaendigt).

Es handelt sich hierbei Herr Praesident, um ein Kommandounternehmen bei Stavanger die Besatzung, die naemlich den Deutschen in die Haende fiel, mussten nach dem Wortlaut des Fuehrerbefehls, getoetet werden. Es bestand eine aeusserste Moeglichkeit, diese Leute zu verhoeren, wenn es aus militaerischer Notwendigkeit geboten war. In diesem Falle wurde der Oberbefehlshaber Norwegens mit der Sache befasst, General von Falkenhorst, und dieser wandte sich an das Oberkommando der Wehrmacht, wie er in einem Protokoll, in einer Anordnung, zum Ausdruc gebracht hat.

Bitte wollen Sie sich dazu aeussern?

H0319 - 0053

A: Ich bin zu diesem Fall verhoert worden und bin auch im Verlaufe des Verhoers dem General von Falkenhorst gegenueber gestellt worden. Meine Erinnerung war in diesem Vorfall beziehungsweise eine Tatsache, dass er bei mir eine Rueckspracheh hatte, nicht mehr vorhanden. Ich wusste es nicht. Selbst der Vorfall war meinem Gedaechtnis entschwunden und erst durch die Vorlage der Dokumente ist die Erinnerung an diesen Vorfall wiedergekommen. Ich habe bei dem Verhoer dem mich verhoerenden Richter schon gesagt, dass ich diesem Befehl gar nicht abzuaendern berechtigt gewesesn waere und den Betreffenden nur auf den Befehl als solchen haette verweisen koennen. Ich will ueber die Frage der Gegenueberstellung mit dem General Falkenhorst nur das sagen, was hier als Protokoll festgelegt worden war: " Er entzog sich den Antworten und seine frueheren Aussagen, zog sie aber schliesslich nicht zurueck. Keitel leugnete die Unterhaltung nicht, bestritt aber den Gegenstand derselben."

Dr. Nelte: Herr vorsitzender, ich kann nur sagen, das ist die Uebersicht des Verhoers des General von Falkenhorst. Eine Urkunde, die von der Anklagebehoerde ueber geben worden ist, ohne dass sie eine Dokumenten-Nummer hat.

F: Sind Sie fertig mit Ihrer Erklaerung ?

A: Ja, ich moechte glauben, dass das genuegt.

Vorsitzender: Dr. Nelte, die Anklage hat dieses Dokument dich nicht vorgelegt, nicht wahr ? Sie hat es nicht als Beweismaterial vorgelegt.

Dr. Nelte: Ich glaube, ja.

Vorsitzender: Es muss dann in einem Verhoer des Angeklagten Keitel vorgelegt worden sein. Das bedeutet nicht, dass es hier als Beweismittel vorgelegt worden ist. Sie muessen es bitte jetzt als Beweisstueck vorlegen.

Dr. Nelte: Herr Praesident, das ist ein Irrtum. Dieses Dokument ist von der Anklagebehoerde hier vorgelegt worden zur Begruendung fuer die Behauptung, dass der Angeklagte Keitel den Befehl erteilt haette, die Fallschirmspringer zu toeten Ich habe es hier in Empfang genommen.

Vorsitzender: Die Anklagevertretung wird mir sagen, ob das stimmt. Ich glaube nicht, dass irgend ein Dokument eingereicht worden ist, das keine Nummer hat.

Mr. Dodd: Wir erinnern uns nicht, dass es vorgelegt worden ist. Viele dieser Verhoere haben keine Dokumenten-Nummer. Wenn sie vorgelegt worden waeren, wuerden sie eine USA- oder GB-Exhibit-Nummer haben.

H0319 - 0054

Vorsitzender: Vielleicht ist es das beste, wenn der Herr Anklagevertreter bestaetigt, ob es als Beweisstueck vorgelegt worden ist oder nicht.

Mr. Dodd: Das wuerde mich einige Minuten in Anspruch nehmen.

Vorsitzender: Ja, ich meine, Sie koennen es in Ihrer freien Zeit tun.

Waere es Ihnen jetzt angenehm, 10 Minuten zu unterbrechen ?

Dr. Nelte : Ja.

(Das Gericht unterbricht fuer 10 Minuten.)

Vorsitzender: Das Gericht wird sich heute um 16.45 Uhr vertagen. Es wird dann in diesem Saal zu einer geschlossenen Sitzung zusammentreten und wuenscht die Anwesenheit sowohl der Anklagedelegation als auch der Verteidiger, um mit ihnen die beste Art der Vermeidung von Uebersetzungen unnoetiger Dokumente zu besprechen. Wie Sie wissen, wurde eine grosse Anzahl von Dokumenten eingereicht und diese stellen eine grosse Last fuer die Uebersetzungsabteilungen dar. Dies ist die Frage, welche das Gericht in geschlossenerr Sitzung mit den Anklagedelegationen und mit den Verteidigern zu besprechen wuenscht. Sie werden daher, wie ich sagte, in geschlossener Sitzung hier in diesem Saal zusammentreten, da hier Platz fuer alle Verteidiger vorhanden ist, und zwar um 5 Uhr nachmittags.

(Fortsetzung des direkten Verhoers mit dem Angeklagten Keitel)

Dr. Otto Nelte: (Verteidiger fuer den Angeklagten Keitel)

F: Erinnern Sie sich an die Anfrage des Oberbefehlshabers West im Juni 1944 wegen Behandlung von Sabotagetrupps im Hinterland der Invasionsfront ? Es war eine neue lage geschaffen worden durch die Invasion und damit auch durch die Frage der Kommandotrupps.

A: Ja, ich erinnere mich, denn auch diese Dokumente sind mir hier vorgelegt worden und zwar sind es mehrere Dokumente gewesen. Es ist richtig, dass der Oberbefehlshaber West nach der Landung der anglo-amerikanischen Kraefte in Nordfrankreich eine neue Lage sah, in Bezug auf diesen Fuehrerbefehl vom 18. Oktober 1942, der sich gegen diese Fallschirmtrupps richtet.

Die Anfrage wurde, wie ueblich, vorgetragen und General Jodl und ich vertraten die Auffassung des Oberbefehlshabers West, das heisst, dass dieser Befehl darauf nicht anwendbar sei. Hitler lehnte diesen Standpunkt ab, hatte gewisse Direktiven fuer

H0319-0055

die Beantwortung, die dann nach den Dokumenten zwei Auflagen gehabt hatten, eine war gestrichen worden als unbrauchbar, und das Dokument 551-PS ist die endgueltige Fassung, wie sie der Fuehrer beim Vortrag gebilligt hat.

Ich erinner mich deswegen so genau daran, weil bei der Vorlage dieser Antwort anlaesslich der betreffenden Lagebesprechung dieser handschriftliche Zusatz von General Jodl hinzugeschrieben wurde, hinsichtlich der Verwendung auch im italienischen Raum. Mit diesem Zusatz ist dann dieser, von Hitler persoenlich gebilligte und von ihm geforderte Befehl an den Oberbefehlshaber West abgegangen.

F: Wurde hierbei auch die Frage eroertert, wie die aktive Unterstuetzung solcher Sabotage-Akte durch die Bevoelkerung voelkerrechtlich zu beurteilen sei ?

A: Jawohl, dieserFrage ist mehrfach im Zusammenhang mit dem Befehl vom 18. Dezember 1942 und dem bekannten, fruecher eroerterten Merkblatt mehrfach eroertert worden und ich bin der Auffassung, dass die Haager Landkriegsordnung jede Unterstuetzung derartiger Sabotage-Handlungen von Agenten und sonstigen Organen des Gegners, jede Unterstuetzung ein Verstoss gegen die Haager Landkriegsordnung ist. Wenn die Bevoelkerung sich an solchen Unternehmungen beteiligt, sie foerdert, sie unterstuetzt und schliesslich auch die Taeter deckt, versteckt und ihnen behilflich ist in jeder Form, das wird durch die Haager Landkriegsordnung meiner Ansicht nach klar ausgedrueckt, dass die Bevoelkerung gehalten ist, solche Handlungen nicht zu begehen.

F: Die franzoesische Anklagebehoerde hat dann noch ein Schreiben vom 30. Juli 1944, Dokument 537-PS vorgelegt. Dieses Dokument befasst sich mit der Behandlung der bei Banden gefangenen Angehoerigen auslaendischer Militaermissionen. Kennen Sie diese Verordnung ?

A: Jawohl. Zu diesem Dokument 537-PS bin ich auch in der Voruntersuchung hier verhoert worden und habe dazu die Erklaerung gegeben, ich kann sie hier wiederholen: Es war gemeldet worden, dass sich bei den Bandenstaeben, insbesondere auch beim Fuehrer im serbisch-jugoslawischen Raum eine Art Missionen befanden, die, wie wir glaubten, gewisse Agententrupps zur Verbindung mit den uns gegenueber kriegfuehrenden Staaten seien.

H0319-0056

Es war hier gemeldet worden und gefragt worden, was zu geschehen haette, wenn man eine solche Mission gefangen nehmen wuerde, jedenfalls dass man sie gefangen nehmen wuerde oder koennte und auf den Vortrag beim Fuehrer entschied dieser, dass der Vorschlag der betreffenden Militaerstellen, sie als Kriegsgefangene anzusehen, von ihm abgelehnt wurde, sie seien nach dem Erlass vom 18. Oktober 42 als Saboteure anzusehen und nach diesem zu behandeln. Dieses Dokument ist dann die Weitergabe dieses Befehles.

F: Nun zu dem Fragenbereich Terrorflieger und Lynch-Justiz, die schon bei der Vernehmung des Reichsmarschall Goering behandelt worden ist. Ich kann mich auf einige wenige Fragen beschraenken, Sie persoenlich betreffend. Wissen Sie um was es sich dabei handelt, betreffend Terrorflieger und ihre Behandlung? Wie ist Ihre Einstellung zu dieser Frage?

A: Die Tatsache, dass bei einem bestimmten Zeitpunkt im Sommer 44, sich die Frontwaffenangriffe gegen die Bevoelkerung wie es hier schon erwaehnt worden ist, erheblich vermehrten, an einzelnen Tagen wurden bis zu 30-40 gemeldet, die auf diesem Wege ums Leben kamen, forderte Hitler kategorisch eine entsprechende Regelung in dieser Frage. Wir Soldaten waren der Ansicht, dass die bestehenden Vorschriften ausreichen und dass neue Bestimmungen nicht notwendig seien. Es wurde aber in diesem Fragenkomplex die Frage der Lynch-Justiz hineingeworfen und die Frage, was ist ein Terrorflieger. Aus diesen beiden Fragenkomplexen, ergaben sich wie bekannt, eine erhebliche Anzahl von Dokumenten, die die Verantwortung dieser Dinge beinhalteten.

F: Ich glaube, Sie brauchen die Einzelheiten, die schon eroertert worden sind, nicht wiederholen. Es kommt mir in diesem Zusammenhang mit der Frage bezueglich Ihrer Verantwortlichkeit auf die Worte an, die Sie in diesem Dokument geschrieben haben, wollen Sie diese bitte erklaeren?

A: Ich wollte nur noch vorausschicken, dass ich vorgeschlagen hatte, nach dem Beispiel der Behandlung im Falle der Festnehmung der deutschen Kriegsgefangenen mit dem Unternehmen Dieppe, auch hier offiziell durch eine entsprechende Note eine Warnung zu erteilen, dass wir mit Repressalien vorgingen, wenn die gegnerischen Befehlsstellen das nicht von Grund aus abstellten. Es wurde das abgelehnt, es sei kein geeigneter Vorschlag. Und nun zu den Dokumenten, die fuer mich eine Bedeutung haben.

H0319-0057

F: PS-735.

A: Einige handschriftliche Notizen von einer Vortragsnotiz von Jodl und von mir und das ist die eine Vortragsnotiz, die eine Notiz am Rande hat, die ich geschrieben habe, die lautet: "Kriegsgerichte, das klappt nicht." Jedenfalls war das der Inhalt. Das habe ich damals draufgeschrieben, weil ja die Frage der Behandlung durch kriegsgerichtliche Aburteilung zur Diskussion stand, aus diesem Grunde, weil gerade dieses Dokument zum erstenmal definierte, was ist ein Terrorflieger und weil festgelegt wurde, was ein Terror-Angriff ist. Terror-Angriffe sind Angriffe, die aus dem Tiefangriff erfolgten, im Tiefflug, und weil meine Ueberlegung dazu fuehrte, dass man die Besatzungen, die im Tiefangriff angriffen, jedenfalls 99 % nicht lebend bekommt, wenn sie abstuerzten, weil es einen rettenden Absprung aus dieser Hoehe nicht gibt. Infolgedessen kommte man mit einem solchen Flieger kein Verfahren machen und zweitens dann kein Veffahren zum Erfolg fuehren oder zur Klaerung, dass der Angriff aus wesentlichen Hoehen erfolge, weil nach meiner Auffassung kein Gericht nachweisen konnte, dass diese Maenner mit Absicht diese Objekte und Ziele angegriffen haben, die eventuell dort getroffen wurden und schliesslich war noch ein Gedanke, das war der, dass ja nach den Bestimmungen kriegsgerichtlicher Aburteilungen von Kriegsgefangenen, ueber die Schutzmaechte dem feindlichen Staat angezeigt werden musste und dass eine Frist von drei Monaten eingehalten, waehrend der Heimatstab gegen das Urteil Einspruch erheben konnte. Es war also ausgeschlossen auf diesem Wege in kurzer Zeit, die erwuenschte Abschreckungswirkung zu erreichen. Ich habe aber noch eine andere Bemerkung aufgeschrieben und die bezog sich auf die Lynchjustiz, und sie lautet:

"Wenn man schon Lynchjustiz freigeben will, so kann man schwer Regeln dafuer aufstellen."

Ich kann nicht viel dazu sagen, weil es meine Ueberzeugung ist, dass es keine Moeglichkeit gibt, zu sagen, unter welchen Umstaenden eine solche Methode, der Volksjustiz als reglementiert oder als berechtigt erklaert werden soll, und ich bin noch heute der Auffassung, dass es eine Regel nicht geben kann, wenn man einen solchen Befehl zulaesst.

F: Wie war aber Ihre Einstellung zu der Frage der Lynchjustiz?

A: Ich war der Auffassung, dass das fuer uns Soldaten eine voellige unmoegliche Methode ist. Es ist auch vom Herrn Reichsmarschall an mich ein Fall

H0319-0058

gemeldet worden in dem jedes Einschreiten gegen einen Soldaten, der das zu verhindern gewusst hat, unterblieben ist. Ich kenne keinen Fall, wo Soldaten sich in ihrer soldatischen Pflicht auch einem feindlichen Kriegsgefangenen gegenueber nicht so gehandelt haetten, wie das die allgemeinen Bestimmungen erklaeren und wie vorgeschrieben worden. Das ist mir bekannt.

Ich darf noch bemerken, dass bisher nicht zur Sprache gekommen ist, dass ich mit Reichsmarschall Goering auf dem Berghof eine Aussprache ueber diese Frage hatte, der damals seinen Standpunkt ganz eindeutig feststellte, der damit uebereinstimmte, Lynchjustiz muesste man fuer Soldaten ablehnen, dagegen bat ich ihn, in der sehr unangenehmen Lage, in der wir uns befanden, Hitler noch einmal von sich aus persoenlich -

H0319 - 0059

von diesem Gedanken abzubringen, uns auferlegen zu wollen, uns in diesen Dingen Befehle zu geben. Das war die Lage.

F: Wir kommen zum Kriegsgefangenenwesen.

A: Darf ich noch dabei abschliessend bemerken, dass ein Befehl vom Oberkommando der Wehrmacht niemals vorgelegt worden ist und auch niemals herausgegeben worden ist.

F: Es gibt wohl kein Gebiet des Kriegsgerichtes, an dem alle Voelker und Menschen so leidenschaftlich interessiert sind, als das Kriegsgefangenenwesen. Daher ist auch hier von der Anklage mit besonderem Nachdruck auf diejenigen Faelle hingewiesen worden, wo eine Verletzung des Kriegsgefangenenrechtes, sei es nach der Genfer Konvention oder sei es nach dem allgemeinen Voelkerrecht, gewesen sein soll.

Da das OKW und Sie als Chef des OKW, fuer diese Kriegsgefangenenwesen in Deutschland verantwortlich zeichneten, moechte ich folgende Fragen an Sie richten: Was hatte man in Deutschland getan, um alle Abteilungen und Dienststellen der Wehrmacht, mit internationalen Abmachungen vertraut zu machen, die das Kriegsgefangenenwesen betreffen?

A: Es gab darueber eine besondere Dienstvorschrift, ich glaube, sie liegt auch vor, in der alle die Bestimmungen wie auch die Durchfuehrungsbestimmungen enthalten waren, die aus den bestehenden internationalen Abmachungen abgeleitet wurden. Es ist die Vorschrift Nr.38, die sowohl fuer das Heer, wie fuer die Kriegsmarine und fuer die Luftwaffe, als Dienstvorschrift bestand.

Das war der grundlegende Befehl.

F: Wie wurde das praktisch in die Tat umgesetzt? Wurden die Leute, die sich mit dieser Frage in der Praxis zu beschaeftigen hatten unterrichtet oder genuegten die Hinweise auf die Heeresvorschriften?

A: Jede Dienststelle einschliesslich der untersten Einheit hatte die Vorschrift in Haenden und jeder Soldat war in gewissem Rahmen darueber belehrt. Sonst waren bei Beginn des Krieges keine weiteren Erlaeuterungen und Vorschriften erlassen.

F: Ich denke an die Wiener Kurse die fuer diese Ausbildung eingerichtet waren. Ist Ihnen bekannt, dass diese in Wien stattgefunden haben?

H0319 - 0060

A: Es ist mir bekannt, dass ueber diese Dinge entsprechende Ausbildungskurse auch derjenigen Persoenlichkeiten, die mit dem Kriegsgefangenenwesen praktisch zu tun hatten, in Form von Belehrungskursen, dass diese abgehalten worden sind.

F: Ist es ferner richtig, dass jeder Soldat ein Merkblatt in seinem Soldbuch hatte?

A: Jawohl, das ist schon bestaetigt worden, neulich von General Milch, der es ja bei sich fuehrte.

F: Wann wurden in unserem Fall die ersten Anordnungen fuer die Kriegsgefangenen getroffen?

A : Meines Wissens, die ersten Anordnungen nach Beginn des Feldzuges gegen Polen im Osten, weil jeder, ich moechte sagen vorbereitende Massnahmen zur Bereitschaft, fuer die Aufnahme von Kriegsgefangenen, von Hitler abgelehnt war. Er hatte es verboten. Dann mussten die Dinge allerdings sehr kurzfristig improvisiert werden.

F: Was wurde angeordnet?

A : Es wurde angeordnet, dass die drei Wehrmachtsteile, das Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe und diese letzte hatte ja nur in beschraenkten Umfang damit zu rechnen, aber insbesondere das Heer, entsprechende Lagervorbereitungen, Bewachung bereit stellen und alles was zu der Unterstellung dieser Dinge notwendig ist und zu ihrer Organisation.

F: Sagen Sie mir, welche Funktionen im Bereich des OKW bezueglich der Behandlung, Betreuung der Kriegsgefangenen lag?

A: Die grundsaetzliche Instruktion war Behandlung nach der Vorschrift KGV 33, die sich auf die internationalen Abmachungen stuetzte und meines Erachtens erschoepfend alles enthielt, was die Betroffenden wissen mussten. Sonst sind zusaetzlich keine Anordnungen damals gegeben, sondern es ist hiernach verfahren worden.

F: Ich wollte zunaechst wissen, wofuer das OKW ueberhaupt zustaendig war in Bezug auf die Behandlung der Kriegsgefangenen?

A: Das OKW war die, ich moechte sagen, ministeriell leitende Stelle, die also alle grundlegenden Verordnungen und Richtlinien in

H0319 - 0061

diesen Dingen zu erlassen hatte, vorzubereiten hatte, und ein Recht besass, sich von der Achtung dieser Vorschriften durch Inspizierungen, Stichproben zu ueberzeugen, also eine verordnungsherausgebende leitende Stelle und eine Berechtigung der Inspizierung ohne Kommandogewalt ueber die Lager selbst.

F: Kommt nicht noch hinzu der Verkehr mit dem Auswaertigen Amt?

A: Selbstverstaendlich, ich habe das vergessen. Eine der wesentlichen Aufgaben fuer die Gesamtwehrmacht, also auch fuer die Kriegsmarine und Luftwaffe, war der Verkehr ueber das Auswaertige Amt mit den Schutzmaechten, der Verkehr mit dem internationalen Roten Kreuz und alle den Stellen, die sich hinsichtlich der Kriegsgefangenen Fuersorge annahmen, Ich habe das vergessen.

F: Das OKW war also gesetzgebende Stelle, wenn ich das allgemein sagen soll, Kontrollstelle.

A: Das ist richtig.

F: Was war nun bei den Wehrmachtsteilen?

A: Kriegsmarine und Luftwaffe haben in den beschraenkten Rahmen des Anteils von Kriegsgefangenen ihrer Waffengattung Lager gehabt unter ihrer Kommandogewalt, ebenso wie das Heer. Nur bei dem grossen Umfang im Rahmen des Heeres, waren die stellvertretenden Generals der Heimat, also die Wehrkreisbefehlshaber, diejenigen Kommandobehoerden, denen die Lager in ihrem Bereiche unterstanden.

F: Wenn wir nun einmal die Kriegsgefangenenlager ansehen, wer stand an der Spitze eines solchen Lagers?

A: Beim Wehrkreiskommando befand sich ein Kommandeur oder General des Kriegsgefangenenwesens im Wehrkreis und das Lager wurde von einem Lagerkommandanten gefuehrt mit einem kleinen Offizierstab, darunter auch der Abwehroffizier und aehnliche Persoenlichkeiten, die dafuer notwendig waren.

F: Wer war der Vorgesetzte des Generals der Kriegsgefangenen eim Wehrkreis?

H0319 - 0062

A: Der Wehrkreisbefehlshaber war der Vorgestzte des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Wehrkreis.

F: Und wer war der Vorgesetzte des Wehrkreiskommandeurs?

A: Die Wehrkreiskommandeure unterstanden dem Befehlshaber des Heimat und Ersatzheeres und dieser wieder dem Oberbefehlshaber des Heeres.

F: Ich habe das deswegen gefragt, um.....

VORSITZENDER: Das Gericht wird sich fuer 10 Minuten vertagen.

(Das Gericht vertagte bis zum 5. April 10 Uhr)